

Wochensatz 85 Pf., monatlich 3,60 M., im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren. Auslandabonnemente 6.— M. pro Monat; für Länder mit erhöhtem Drucksatzposten 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ überlieferte Beilage „Woll und Seil“ Ferner „Frauenstimme“, „Lehmit“, „Blitz in die Bäderwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. S. u. D. B. - Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66

Die einseit. Kontrahenten 80 Pf. Kleinanzeigen 3.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 1/2 Teil. Satzengeld des ersten Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wochentags von 8<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

## Sturm in der Bremer Bürgerschaft

### Hakenkreuzler besudeln das Andenken Eberts und beschimpfen die SPD.

#### Tumult und Abbruch der Bürgerschaftssitzung.

Bremen, 6. März. (Eigenbericht.)

Die heutige Bürgerschaftssitzung endete mit einem von den Nationalsozialisten provozierten Tumult, wie ihn das Bremische Parlament noch nicht erlebt hat. Bei der Behandlung eines aus rein agitatorischen Gründen gestellten nationalsozialistischen Antrages auf Herabsetzung der Gehälter für die Senatoren und höheren Staatsbeamten wies der sozialdemokratische Sprecher darauf hin, daß sich unter den zahlreichen Ministern, hohen Staatsbeamten, Generalen und Admiralen des Kaiserreichs, die von der Republik hohe Pensionen erhalten, kein Sozialdemokrat befindet.

Als darauf ein Nationalsozialist antwortete: „Die Sozialdemokratie ist ja auch die Partei des Landesverrats“, brach auf der linken Seite ein Sturm der Entrüstung los.

Bergeblisch betrieß sich der Hilttermann auf ein Zitat aus einer Nazi-Zeitung, worin der längst als politischer Märchenerzähler entlarvte französische Spion Desgrange als Kronzeuge für die angebliche Richtigkeit der Behauptung angeführt wurde. Der Nationalsozialist mußte von dem nationalsozialistischen Präsidenten zur Ordnung gerufen werden, desgleichen ein Sozialdemokrat, der aus berechtigter Empörung über diese Gemeinheit die Nazis Laufjungen genannt hatte.

Im Schlußwort zu seinem Antrag unterstrich der nationalsozialistische Fraktionsführer die Flegel seines Genossen, indem er sagte: „Die Sozialdemokratie sei die Partei des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, dem im Magdeburger Prozeß gerichtsnotorisch Landesverrat bescheinigt wurde.“

Die vierzig Sozialdemokraten sprangen bei dieser insamen Beschimpfung auf und drangen zur Rednertribüne vor. Die Nazis drangen gleichfalls nach vorn, so daß es fast zu einem Handgemenge gekommen und der Naziredner auf der Stelle bestraft worden wäre. Er durfte kein Wort weiter reden.

Die harte Erregung machte eine Weiterberatung unmöglich. Der nationalsozialistische Präsident, der sich seines Amtes nicht gemacht zeigte, mußte die Verhandlungen abbrechen und bis auf weiteres vertagen.

## Wirtschaftliches Trauerspiel.

### Das unwirtschaftliche Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit.

Nach der Stabilisierung der Mark bekam die deutsche Industrie das Amerikafieber. Amerika, das war das Wunderland. Rationalisierung hieß das Zauberwort. Unbedingt mußte jetzt rationalisiert werden. Jeder wollte der deutsche Hoover sein. Darum gründeten die großen Industriekonzerne unter Vorantritt von Siemens, gefördert vom Wirtschaftsministerium, ein Kuratorium zur Förderung der Rationalisierung in Deutschland mit dem Namen Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW.). Der Zweck dieses Reichskuratoriums war „die Hebung der Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten der gesamten Wirtschaft“, allerdings mit der Präzisierung, als „Vermittlungs- und Unterstützungsstelle zur Förderung der Rationalisierung in Deutschland“ zu dienen. Die Finanzierung der Arbeiten des Reichskuratoriums wollte selbstverständlich die Industrie durchführen. Nur um sich einen gewissen Einfluß zu sichern, bezieht sich das Reich „ganz bescheiden“ ebenfalls die Zahlung eines Beitrags vor.

Leider begann das neue Unternehmen gleich mit einer bösen Panne. Schon im Gründungsjahre 1925 findet man im Reichshaushalt die Säge: „Infolge der schlechten Wirtschaftslage werden diese Beiträge (der Industrie) nicht in genügender Höhe aufrechterhalten werden können... Eine Beitragsleistung des Reichs ist daher zur Zeit unumgänglich notwendig.“ Das war der vielversprechende Anfang des Reichskuratoriums. Was ist nun in den sechs Jahren seines Bestehens aus ihm geworden? Die Antwort ist bedauerlicherweise vollkommen negativ: zwar besteht heute das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit immer noch. Aber neben ihm haben sich zahlreiche andere Körperschaften, wie das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft, entwickelt, die ebenfalls Rationalisierung und, was das Schlimmste ist, mit öffentlichen Mitteln betreiben. Es ist dem RKW. also nicht einmal gelungen, die zentrale deutsche Rationalisierungskörperschaft zu werden.

Um festzustellen, warum das so ist, muß man auf die Arbeitsweise des RKW. näher eingehen. Die Amerikanertheit der Industrie ist dem RKW. offenbar nicht gut bekommen. Es hat sich gezeigt, daß man bei der deutschen Rationalisierung nur versuchte, das amerikanische Vorbild möglichst getreu auf Deutschland zu übertragen. Den Männern des Kuratoriums ist nämlich nicht der Gedanke gekommen, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Rationalisierung in den Vereinigten Staaten in dem hohen Lohnniveau Amerikas bestanden, und daß dadurch die Technisierung des Arbeitsprozesses durch die mit ihr verbundene Lohnersparnis dort eine Senkung des Kostenniveaus bedeutete. Es ist den Herren vom Reichskuratorium nicht aufgefallen, daß bei dem wesentlich niedrigeren deutschen Lohnniveau und bei der Begrenztheit der Ausdehnungsmöglichkeiten der deutschen Industriewirtschaft eine Rationalisierung ganz anders geartete volkswirtschaftliche und sozialpolitische Probleme stellt, als in Amerika bestanden haben.

Darum hat fast bis zuletzt das RKW. eine Arbeit geleistet, die sowohl volkswirtschaftlich wie sozialpolitisch betrachtet, absolut in der Luft schwebt. Den Problemen der deutschen Wirtschaft ist man bis heute auch nicht einen Zentimeter nähergekommen als am Anfang der Arbeiten. Nur in den letzten Wochen des Februar 1931 zeigten sich magere Ansätze zu einer anderen Betrachtung der Dinge, aber auch nur deshalb, weil die Sozialdemokratie im Reichstag durchgehend hat, daß Reichsmittel für die deutsche Rationalisierung nur hergegeben werden, wenn sich das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit einmal ausführlich mit den sozialpolitischen Zusammenhängen der deutschen Rationalisierung beschäftigt.

Aber nicht allein vom volkswirtschaftlichen Standpunkt sind die Arbeiten des RKW. bedenklich, sondern mehr noch vom finanzwirtschaftlichen. Denn heute zeigt sich, daß die ganzen Versprechungen und Verheißungen der Industrie, eine deutsche Rationalisierungsbewegung materiell zu ermöglichen, ein reiner Puff gewesen sind. Alle Bar-mittel bis zum letzten Pfennig, die das RKW. seit seinem Bestehen erhalten hat, sind ausschließlich vom Reich bezahlt worden. So hat das RKW. im Laufe der Jahre 6 1/2 Millionen Mark an Steuergeldern verbraucht. Bei dieser Sachlage besteht ein großes öffentliches Interesse am RKW. Und darum wirken die folgenden Feststellungen besonders befremdlich, die über die Verwendung der Reichsmittel durch das Reichskuratorium zu machen sind. Zunächst hat das RKW. die Reichsgelder nicht nach den Richtlinien

## Gegen reaktionäre Zensur.

### Reichstagsbeschlüsse gegen den Skandal der Filmzensur.

Der Reichstag nahm gestern mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Staatspartei einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach der Reichstag das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ für nicht begründet hält und von der Reichsregierung erwartet, daß sie alle Vorbereitungen trifft, um die Prüfung des Bildstreifens zu beschleunigen, wenn dieser durch die Hersteller erneut vorgelegt wird.

In erster und zweiter Beratung wurde ferner der sozialdemokratische Gesetzesentwurf angenommen, der aus Anlaß des Verbotes des Remarque-Films bestimmt, daß solche verbotenen Filme wenigstens in geschlossenen Gesellschaften gezeigt werden können.

Ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen Reichsinnenminister Wirth wurde mit 271 gegen 66 Stimmen bei 38 Enthaltungen abgelehnt.

## Was sich die Nazi-Presse leistet.

### „Die französischen Sozialisten gegen Abrüstung.“

Der mutige Kampf, den unsere französischen Genossen gegen den Militarismus in eigenen Lande und für eine ernsthafte Abrüstung führen, verdient um so größere Anerkennung, als das Verhalten der Nazis bei den letzten Reichstagswahlen die Propaganda der Nationalisten in Frankreich für neue Rüstungen naturgemäß sehr erleichtert hat. Unter sozialistischer Führung ist in der Kammer in den letzten Tagen an der Politik des französischen Kriegsministeriums scharfe Kritik geübt worden. Es war der sozialistische Abgeordnete Chouffet, der als erster die unwahren Zahlenangaben des Berichterstatters über die Stärke des Heeres und über die Höhe der Rüstungsausgaben enthielt. Es war der sozialistische Abgeordnete Grumbach, der wenige Tage danach die außenpolitische Debatte zum Anlaß nahm, auf die provokatorische Rede des Kriegsministers Maginot zurückzukommen, um sie auf das schärfste anzugreifen. Der Kampf, den die Sozialistische Partei Frankreichs für die Abrüstung führt, wird von den französischen Nationalisten und Faschisten mit maßlosen Beschimpfungen beantwortet, ja in der „Sibere“ sind deshalb sogar unmißverständliche Aufforderungen zur Ermordung Léon Blums erschienen.

Und da wagt es der „Bötkische Beobachter“ vom 5. März, gerade anläßlich der außenpolitischen Debatte eine Riesenschlagzeile auf der ersten Seite zu bringen: „Französische Sozialdemokraten gegen die Abrüstung!“

Es gibt keine noch so dreiste Lüge, die sich die Presse unserer extremen Parteien nicht leisten zu können glaubt. Die kommunistische mutet ihren Lesern zu, an die parteiischen Moskauer Prozeßberichte zu glauben, die nationalsozialistischen Blätter verleiden kollabiert, daß die französischen Sozialisten gegen die Abrüstung seien: Edelkonkurrenz in der Verleumdung der Sozialistischen Internationale und der deutschen Sozialdemokratie.

Wir begnügen uns, diese Infamie zu registrieren. Indessen sei noch bemerkt, daß jener russische Korrespondent des „Bötkischen Beobachters“, auf dessen unwahren Bericht sich das Blatt stützt und der bescheiden mit einem R. zeichnet, ein ehemaliger Pfarrer Koerber ist, der bis vor einiger Zeit die „Deutsche Tageszeitung“ dort vertrat. Dessen Sekretär, der in Wirklichkeit die Hauptarbeit

für das Nazi-Blatt leistet, hieß auf den echt ortsigen Namen Landau und war noch vor einigen Monaten der private Informator eines bekannten Berliner Verlagsdirektors, der alles andere denn „Kasserein“ ist. Heil!

## Ausnahmegericht — ewig.

### Keine Berufung, keine Rechtsgarantien im Faschistenstaat.

Rom, 6. März. (Eigenbericht.)

Der große faschistische Rat, das oberste Organ der faschistischen Partei und gleichzeitig das entscheidende Staatsorgan, hat in seiner am Freitag abgeschlossenen kurzen Sitzungsperiode u. a. beschlossen, daß ab 1. Juli alle politischen Delikte, auch die, die bisher auf ordentlichem Wege abgeurteilt wurden, dauernd zur Zuständigkeit des Ausnahmegerichts gehören. Dieses Ausnahmegericht, das eigentlich nach einer bestimmten Zeit aufgehoben werden sollte, wird damit zu einer Dauereinrichtung. Alle politischen Vergehen und Verbrechen werden demnach auch nach der Einführung des neuen Strafgesetzbuches ohne Möglichkeit der Berufung und der normalen Rechtsgarantien von einem politischen Gericht abgeurteilt.

Im übrigen ist aus den Beschlüssen des Rates noch interessant, daß der Eintritt in die faschistische Partei bis zum 1. Oktober 1932 gesperrt und ein weiterer Ausbau des Junfwehens beschlossen wurde.

## Faschistischer Sumpf in Florenz.

Mailand, 6. März. (Eigenbericht.)

In der Stadtverwaltung von Florenz, die durchweg mit faschistischen Funktionären besetzt ist, sind große Unterschlagungen und Betrügereien ausgeheckt worden. Mehrere hohe faschistische Funktionäre wurden verhaftet, weitere Verhaftungen stehen bevor.

## Englands Rüstungslast.

### 800 Millionen allein für das Heer. — 360 Millionen für die Luftwaffe.

London, 6. März.

Der englische Heeresvoranschlag für 1931 beträgt 39,9 Millionen Pfund, 570 000 weniger als voriges Jahr. Für die Luftwaffe werden 250 000 Pfund mehr eingelegt, mit der Begründung, daß Englands Luftwaffe an der fünften Stelle rangiere. Die Ausgaben für die Luftwaffe sind mit 18,1 Millionen Pfund angelegt.

Ohne die indischen Truppen zählt das englische Landheer zur Zeit 148 800 Mann, die sich vom 1. April 1931 ab um 10 000 Mann vermindern.

## Der Londoner Landesrat.

London, 6. März. (Eigenbericht.)

Das Endergebnis der Wahlen zum Londoner Landesrat (Stadt- und Landbezirk) lautet wie folgt: Labour Party 35 (bisher 42) Sitze, Liberale 6 (5), Rechtsparteien 83 (77) Sitze. Die Rechte hat damit ihre seit 30 Jahren bestehende sichere Mehrheit noch erhöht, während die Verminderung der Stimmen der Labour Party größer ist als der durchschnittliche Stimmenrückgang.

Das Befinden des Schahkranzlers Snowden, der an einer schweren Influenza erkrankt ist, ist ernst.

bei der Gründung zu ihrem größten Teil zur Förderung der Rationalisierung verteilt, sondern in erster Linie zum Aufbau einer neuen „Rationalisierungsbehörde“ verwandt. Von den im Rechnungsjahre 1930 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von rund 600 000 M. wurden von dem Apparat des Reichskuratoriums selbst rund 300 000 M. verschlungen. Ueber 250 000 M. entfallen davon allein auf Personalkosten.

Der Personalaufwand des RKB. steht in keinem Verhältnis zu den Leistungen. Zum Teil mag das daran liegen, daß neben von der Industrie abgebaute Ingenieuren im Reichskuratorium ein erstaunlich hoher Prozentsatz von abgebauten Militärs angestellt ist, deren geistige Verbundenheit mit den schwierigen Problemen der Rationalisierung wohl kaum vom Reichskuratorium nachgewiesen werden kann. Volkswirtschaftler gibt es im RKB. selbst unseres Wissens einen einzigen. Auch sonst hat man die Reichsmittel anscheinend nicht sehr pfleglich behandelt. Die leitenden Angestellten, die ihre Qualitäten bisher noch nicht bewiesen haben, erhalten Gehälter, die von Ministergehältern nicht sehr weit entfernt sind. Außerdem hat man — es waren ja Reichsgelder — anscheinend besonders den inneren Betrieb „rationalisiert“, indem man das Direktionsbüro unter Hinzuziehung besonderer Architekten komfortabel einrichtet ließ. Dem Zweck des Reichskuratoriums wurden dadurch Mittel entzogen.

Die Vorwürfe über die Finanzgebarung des Reichskuratoriums treffen allerdings auch die Aufsichtsbehörde, nämlich das Reichswirtschaftsministerium, dessen Referenten wohl in etwas zu vertrauensvoller Weise die Dinge beim Reichskuratorium haben gehen lassen, ohne sich allzu oft einmal selbst dorthin zu bemühen.

Wieder ist es die Sozialdemokratie gewesen, die im Reichstag die notwendigen Beschlüsse zur Aenderung dieser Zustände durchgesetzt hat. Insbesondere hat sie erreicht, daß vom nächsten Jahre an alle Mittel, die das Reich für Rationalisierungszwecke zur Verfügung stellt, im Etat des Wirtschaftsministeriums zentralisiert werden, um hier eine rationellere Bewirtschaftung vorzunehmen. Außerdem muß auf Beschluß des Reichstags das Reichskuratorium so organisiert werden, daß es in erster Linie einer vernünftigen wissenschaftlichen Forschung über die Möglichkeiten der Rationalisierung in Deutschland und nicht der Unterbringung abgebauter Ingenieure und ehemaliger Offiziere dient.

Bisher sind in der Öffentlichkeit recht häufig die Arbeiten des RKB. unter dem Gesichtspunkt der Unwirtschaftlichkeit bekannt geworden, der volkswirtschaftlichen Unwirtschaftlichkeit insbesondere im Umgang mit den ihm anvertrauten Steuergeldern. Alle Angriffe, die das RKB. in der letzten Zeit deshalb ausschalten mußte, hätte es vermeiden können, wenn sich seine Geschäftsführung nicht so einseitig orientiert hätte, wie es anscheinend der Fall ist, sondern mehr erwogen hätte, daß einer allzu einseitigen Politik durch Mehrheiten im Reichstag immer Grenzen gesetzt werden können. Jetzt geben die Beschlüsse des Reichstags dem Reichskuratorium eine letzte Frist, um bei der Vorbereitung der Umorganisation der deutschen Rationalisierung alle Erfahrungen, die es in den letzten Jahren hat sammeln können, zu verwerten. Aber es wird Zeit, damit anzufangen. Denn die Sozialdemokratie wird darauf achten, daß die von ihr durchgesetzten Beschlüsse in aller nächster Zeit in die Praxis umgesetzt werden!

## Schieles Locarno-Frühstück.

Eine Auseinandersetzung mit Freytagh-Loringhoven.

Vor einigen Tagen hatte Herr von Freytagh-Loringhoven dem Ernährungsminister Schiele vorgeworfen, er habe im Jahre 1925 dem englischen Botschafter Lord d'Abernon ein Frühstück gegeben, um die deutschnationalen Führer für den werdenden Locarno-Vertrag zu gewinnen. Schiele habe ein doppeltes Spiel getrieben, indem er der Partei gegenüber so getan hätte, als ob er die Locarnopolitik bekämpfe, während er sie hinter den Kulissen gefördert habe.

Gegen diesen Vorwurf setzt sich nun Herr Schiele in einer außerordentlich langen Erklärung zur Wehr. Das Hauptstück dieser Erklärung bildet ein gleichfalls sehr langer Brief des Grafen Westarp, in dem auseinandergesetzt wird, Zweck des besagten Frühstücks sei gewesen, nicht die Deutschnationalen für die Absichten d'Abernons, sondern umgekehrt, d'Abernon für die Ansichten der Deutschnationalen zu gewinnen. Das Frühstück hätte nur einen Teil einer Aktion dargestellt, mit dem Ziel, den Locarno-Vertrag in der Form, wie er abgeschlossen worden sei, zu verhindern. Diese Aktion sei durch den Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes, die Regierung zu verlassen, zum Scheitern gebracht worden.

In einer Schlußbemerkung zu dem Brief Westarps wirft Herr Schiele Herrn von Freytagh-Loringhoven vor, er habe „verleumdende Verdächtigungen“ der Öffentlichkeit übergeben, ohne sich über den wahren Sachverhalt unterrichtet zu haben, und er habe damit „eine unfaire Unterstellung“ gemacht.

Zu der Geschichte der Deutschnationalen Partei liefert der Streit Schiele-Freytagh einen schätzenswerten Beitrag. Uebrigens sind damals auch Vuther und Stresemann von der Eindeutigkeit des Verhaltens ihrer deutschnationalen Ministerkollegen keineswegs überzeugt gewesen.

Herr Schiele schließt seinen offenen Brief mit folgendem Appell:

Die jeglichen Auseinandersetzungen über Gefrierfleisch-einfuhr und Brotgesetz sind bei aller Bedeutung erst Vordfeldämpfe. Es liegen schicksalhafte Entscheidungen in lebenswichtigen agrar- und handelspolitischen Fragen unmittelbar vor uns. Heute wie 1925 gilt es nicht, ein Abgleiten der deutschen Politik und Wirtschaft in gefährliche Bahnen zu kritisieren, sondern zu verhindern. Dafür zu kämpfen, halte ich für meine Pflicht gegenüber Staat und Volk und insbesondere gegenüber der vom Versinken bedrohten Landwirtschaft. Wer in diesem Kampfe beiseite steht, der wird einmal nicht nach seinen Worten und Gesten, sondern nach seinem Tun und Unterlassen gerichtet werden.

Herr Schiele setzt damit seinen Kampf mit den Sezessionisten um die Seele der Landwirtschaft fort und führt ihn — wie die Gegenseite auch — mit rein agitatorischen Mitteln. Denn sachlich hat die Landwirtschaft durch den Auszug der Rechten gar nichts verloren.

# Schließung der Kroll-Oper?

Ein Beschluß des Landtagsausschusses. — Minister Grimme zur Theaterpolitik.

Kultusminister Grimme sprach gestern abend im Hauptausschuß des Landtags über die Kunstpflege in Preußen, insbesondere über die Theaterpolitik.

Er äußerte sich zunächst zu der Frage der Dichterkademie. Die junge Gründung seines Amtsvorgängers habe zunächst natürliche Schwierigkeiten des ersten Einarbeitens überwinden müssen. Ihre Arbeit werde eingeordnet werden bei einer Reform der Gesamtarbeit der Akademie der Künste, die in Angriff genommen worden sei.

In der Sonderfrage, ob der Dichterkademie auf den Schulunterricht ein vermehrter Einfluß einzuräumen sei, verwies der Minister darauf, daß das Gegebene für den schaffenden Künstler, seinen Einfluß auf die Jugend geltend zu machen, die Wirkung seines Wertes selber sei. Auch treue er sich, wenn, wie es vereinzelt bereits vorgekommen sei, dem Künstler Gelegenheit gegeben werde, zur Jugend selbst zu sprechen, um persönlich Führung zu gewinnen. Was aber die Mitbestimmung bei der Auswahl der geistigen Kraft, der Gestaltung etwa der deutschen Lesebücher, betreffe, so sei dies im wesentlichen eine pädagogische Aufgabe. Die aus kunstverständigen Schulmännern zusammengesetzte Prüfungskommission habe bisher gute Arbeit geleistet. Das beweise der Fortschritt, der in der Gestaltung der Lesebücher deutlich bemerkbar sei. Es sei durchaus erwägenwert, bei der Beurteilung von Lesebüchern den oder jenen Künstler mitzubeteiligen. Eine neue Kommission zu bilden, dafür liege jedoch kein Anlaß vor.

Minister Grimme wandte sich sodann der Frage der künstlerischen Ausgestaltung der staatlichen Theaterbetriebe zu.

Er gab zu, daß mancher Eingriff in die Auswahl der in der letzten Zeit gespielten Stücke nicht unberechtigt sei. Es hätten Verpflichtungen vorgelegen, denen die Theaterleitung sich nicht hätte entziehen können. Dafür, daß solche Verpflichtungen zustande gekommen seien, eine Person allein verantwortlich zu machen, müsse er ablehnen.

Wenn jetzt auf Jehner und die Aera Jehner von vielen Seiten Steine geworfen würden, so müsse man doch anerkennen, daß Jehner das Verdienst habe, dem physioognomielosen Staatstheater ein Gesicht gegeben zu haben. Er habe dem Staatstheater die Führung mit der lebendigen Kunst wiedergegeben. Um an der Gesundung der

Staatstheater zu arbeiten, müsse man darin klar sehen, daß sie einen Sondercharakter tragen und eine besondere Aufgabe haben. Sie müßten nicht ein Repräsentationstheater im gesellschaftlichen Sinne, sondern ein repräsentatives Theater sein. Das bedeute, daß sie das geistige Gesicht der Nation zu repräsentieren haben, indem sie die Klaffen der Nation in vollendeter Form für die Gegenwart lebendig machen und das Neue, was einmal klassifiziert werden könne, zur Diskussion stellen. Dieses Neue könne nicht anders als umstritten sein, denn es lasse sich nicht eine verschwommene Linie des allgemeinen Ausgleichs finden. Es gibt kein Theater der großen Koalition.

Das Staatstheater muß zum repräsentativen Wagnis, zur Darstellung lebendiger junger Kunst bereit sein.

Für solche Aufführungen hat Berlin unbestritten die ersten Schauspieler der Welt. Die Zukunft des Staatstheaters hängt davon ab, daß wir für ein in diesem Sinne repräsentatives Theater ein aufnahmefähiges Publikum bekommen.

Abg. Dr. Lauscher (3.) empfahl den Antrag seiner Fraktion, wonach das Staatsministerium beauftragt wird, die Staatsoper am Platz der Republik beim Abschluß der Spielzeit 1931 zu schließen.

Abg. König (503.) erklärte, es komme darauf an, wie man das geistige Gesicht der Nation, das die Theater zeigen sollen, aufbaue. Man müsse Jehners Leistungen anerkennen, insbesondere hinsichtlich der Ausführung der Klaffen. Es sei unrichtig, Jehner für das Defizit verantwortlich zu machen. So hätte z. B. Reinhardt bei der heutigen wirtschaftlichen Not der Privattheater keine Bühnen nicht halten können, wenn man ihn staatlich nicht unterstützt hätte. Zu empfehlen seien Erparnisse bei der Lindenoper, beim Gastspieljends und bei Reinszenierungen. Aus diesen Erparnissen solle man versuchen, die Krolloper weiterzuführen.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums auf Schließung der Krolloper mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen. Gegen die Schließung stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die deutschnationalen Abgg. Weisermei und Frau Roß.

## Die Reforddiätenschlucker.

Die Hakenkreuzler gestehen ihre Betrugsabsicht ein.

München, 6. März. (Eigenbericht.)

Die Mitteilung der sozialdemokratischen Presse, daß die Mitglieder der Nazi-Reichstagsfraktion den Betrug an den Erwerblosen verdeckt haben, hat in dem hiesigen Hitler-Blatt wie eine Bombe eingeschlagen. Es wird jetzt offen eingestanden, daß der betrügerische Antrag der ausgezogenen Nazi-Abgeordneten nicht etwa zum Ziel gehabt habe, den Erwerblosen die gesamten Diäten der Abgeordneten zukommen zu lassen, sondern nur die Summe jener Abzüge, die den Abgeordneten für geschwänzte Sitzungen gemacht werden. Mit diesem Eingeständnis wird die Betrugsabsicht des Nazi-Antrages noch offenkundiger.

Die Herren Hitler-Abgeordneten wollen großmütig auf jenen Teil der Diäten verzichten, auf den sie nach dem Verlassen des Reichstages rechtlich überhaupt keinen Anspruch mehr hatten. Die 360 M. für nicht geleistete Arbeit wollen sie jedoch wiederum strapellos für sich einstecken. Nach der jetzt in dem Münchener Hitler-Blatt erfolgten Interpretation des Antrages soll nur der Rest von 240 M., diese ersatzlose Summe, den Erwerblosen zugesührt werden. Das hätte der „rote Genosse Böbe“ verhindert, wobei die Nazis verschweigen, daß weder der Reichstagspräsident noch sonst jemand nach eigenem Ermessen über die den Abgeordneten nach den gesetzlichen Vorschriften gemachten Abzüge verfügen kann.

Es stinkt!

Kiel, 6. März. (Eigenbericht.)

Hitler hat einen Beauftragten nach Kiel entsandt, der in der Kieler Ortsgruppe der Nazis Ordnung schaffen soll. In der Führung dieser Ortsgruppe soll es ebenso bedenklich aussehen wie in deren Kasse.

## Schulze-Raumburg als Rowdyheros.

Kunstdebatte mit Schlagringen.

München, 6. März. (Eigenbericht.)

Ihre Knüppel- und Schlagringmethoden übertragen die Nazis neuerdings auch auf Versammlungen, in denen keine Politik, sondern künstlerische Fragen behandelt werden.

Am Donnerstagabend sprach im Konzertsaal des katholischen Kasinos in München der Weimarer Fried.-Professor Schulze-Raumburg über „Kampf um die deutsche Kunst“. Etwa die Hälfte der 500 Zuhörer waren Münchener Künstler, die sachlich an dem Thema interessiert waren, während die andere Hälfte aus Parteifreunden des Vortragenden bestand. Wie es in München üblich ist, erlaubten sich die Künstler auch Zwischenrufe. Da kamen sie aber schon an. Der Saalbesitzer, der nach Feststellung des Polizeiberichts aus nicht uniformierten SS-Verten bestand, ein in außerpolitischer Versammlung dieser unternommenes Ding, fiel sofort über den ersten Zwischenrufer, den Walter Wolf Panizza, her. Er wurde umringt, mit Schlagringen, Fäusten und Fußtritten bearbeitet und schließlich mit schweren Berührungen aus dem Saal hinausgeworfen. Das gleiche postierte dem Walter Günther

## Theater am Schiffbauerdamm.

Savoir: „Der Dompler“.

Alfred Savoir entdeckt im lebenden Weib den teuflischen Dämon. Da bis zu dem Autor nach Paris offenbar noch nicht die Kunde gedrungen ist, daß wir schon lange einen Bedekind kennen, hält er seine Entdeckung für großartig genug, eine Komödie zu schreiben. Dabei verbeizt er sich in langstieligen Tüfteleien. Carola Reher scheint eine herkulische darstellerische Leistung an diesem jeden Abend vollbracht zu haben. Genau konnte ich das von dem Platz aus nicht erkennen, den das Theater dem Kritiker des „Vorwärts“ anbietet. Dgr.

Grafmann, der ebenfalls erhebliche Kopfoverlegungen dazoontrug. Ebenso wurde seine Ehefrau hinausgeworfen.

Als zum Zeichen des Protestes eine ganze Anzahl von Künstlern den Saal verlassen wollten, wurden sie mit Gewalt daran gebindert. Schließlich wollten Kriminalbeamte, die inzwischen mit dem Schutz anderer bedrohter Versammlungsbesucher beschäftigt waren, eingreifen. Jetzt nahm der Saalbesitzer Reißaus.

## Schlägerei im Palais Bourbon.

Der Regier-Minister für Zwangsarbeit in den Kolonien!

Paris, 6. März.

In den Wandelgängen der Kammer kam es heute nachmittags zu einem Zusammenstoß zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Rassin und dem Unterstaatssekretär im Kolonialministerium Diagne bei einer Diskussion über die Zwangsarbeit in den Kolonien. Diagne, der selbst aus den Kolonien stammt, verteidigte die Zwangsarbeit (!) und ließ dabei eine den Direktor des Genfer Arbeitsamtes Albert Thomas herabwürdigende Äußerung fallen, worüber es zu einer Schlägerei zwischen ihm und dem Abgeordneten kam. Saalbediener mußten im Verein mit einigen Abgeordneten eingreifen, um dem Zwischenfall ein Ende zu machen.

## Berfärkung der spanischen Opposition.

Santiago Alba mit ihr solidarisch.

Paris, 6. März. (Eigenbericht.)

Santiago Alba, der in Paris in freiwilliger Verbannung lebende spanische liberale Führer, hat am Freitag den Besuch des spanischen Politikers Prieto empfangen, der ihn über die Absichten der Opposition und ihre Vorarbeiten zur Bildung eines Wahlbündes für die Einberufung einer gesetzgebenden Nationalversammlung in Kenntnis setzte. Santiago Alba erklärte sich mit den ihm unterbreiteten Zielen vollkommen einverstanden und versprach, noch in diesen Tagen öffentliche Aufrufe an Masquias Alvarez, Villanueva und Burgos Maya zu richten.

## Ein Schoß Lügen richtiggestellt.

Genosse Th. Dan schreibt uns:

Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Wenn aber diese Lügen übermäßig zahlreich sind, gibt es keine Möglichkeit mehr, sie alle rechtzeitig zu ertappen. Ich bin also gezwungen, mich einstweilen mit der Festnagelung der dreisteften über mich im Zusammenhang mit dem Moskauer Schandprozeß verbreiteten Lügen zu begnügen:

1. Es ist eine Lüge, daß ich in meinem Nachwort zum Buche Kautskys „Der Bolschewismus in der Sowjetunion“ im Sinne des „Interventionismus“ ausgesprochen habe; das gerade Gegenteil ist wahr, was mir jeder bestätigen wird, der dieses Nachwort in deutscher Uebersetzung im Dezemberheft des Wiener „Kampf“ nachliest.

2. Es ist eine Lüge, daß ich im Frühjahr 1928 in Stockholm eine Zusammenkunft mit Teitelbaum hatte; wahr ist dagegen, daß ich in jenem Jahre überhaupt nicht in Stockholm war.

3. Es ist eine Lüge, daß ich in Berlin niemals mit Berlatyn, Petunin oder Ginsburg zusammenkam und durch ihre Vermittlung irgendwelche schriftliche oder mündliche Aufträge Herrn Scher übergab; wahr ist vielmehr, daß ich alle genannten Herren seit mindestens neun Jahren, seit meiner Ausweisung aus Sowjetrußland, nicht gesehen habe und weder durch ihre Vermittlung, noch auf irgendeinem anderen Wege in meinem persönlichen Namen oder im Namen unserer Delegation mit Scher in Verbindung trat.

4. Brauche ich noch hinzuzufügen, daß die Behauptung des Berliner Vertreters der U.S.S. (I. „Pravda“ vom 3. März), daß unsere Zustandsdelegation oder die Redaktion des „Sozialistischen Boten“ im „Vorwärts“ ihren Sitz haben, eine ebenso traffe wie leicht zu widerlegende Lüge ist? Ebenso seltsame Behauptung, daß irgendein Mitglied der Redaktion des „Sozialistischen Boten“ bekanntlich aus Abramowitsch, Dolin und mir besteht, zugleich Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion sei? Daß unsere Redaktion ihren Sitz im Hause der Druckerei Hempel (Zimmerstraße 7-8), wo der „SB.“ gesetzt und gedruckt wird, hat, das sollten doch alle bolschewistischen Spitzel wissen!

# Schützt die Volksgesundheit!

## Drei sozialdemokratische Reichstagsreden.

Im Reichstag heute am gestrigen Freitagvormittag  
Abg. Frau Weber (Z.) die innerpolitische Debatte mit einer Rede  
fort, in der sie zunächst die Auflösung der Familie durch das (sozial-  
russische) Erziehungsregime tadelte und unter fortwährenden lärmenden  
Zurufen und Zwischenreden der Kommunisten

Verhinderung solcher Idealtatufführungen wie § 218 und der  
Sowjetfilmmoorführungen

verlangte. Die Freidenkerbewegung enthält fast nichts Positives,  
die beschäftigt sich nur mit der Kirche, und wie! Die Regierungen  
sollten sich auch um die Hinführung des Klassenkampfes in die  
Schulen kümmern.

Abg. Frau Dr. Mohr (D. Sp.) bespricht Schulfragen und legt den  
Schulbehörden nahe, für größere Einheitlichkeit der Sprachenfolge  
auf den höheren Schulen zu sorgen.

Abg. v. Hammerstein-Corfen (D.-Jann.) begrüßt die Aus-  
führungen des Ministers gegen die Zentrale der Gottlosen.

Abg. Schlange (Bandool) spricht zunächst gegen die Religionsbe-  
kehr der Gottlosen und dann gegen die Rechtsradikalen. Ein nationales  
Verbrechen ist es, den Verzeihlichen vorzureden, daß es erst nach  
einer Katastrophe besser werden könnte. Ein Volk, das so gefesselt ist,  
kann durch einen Bürgerkrieg nichts gewinnen.

Unruhe ernsthafter Art würden einen katastrophalen Kredit-  
verlust für Deutschland bedeuten, der sich auswirkt von New  
York bis Opatka. Statt der gewaltsamen Herabsetzung des  
Zinsfußes würde eine gewaltige Zinssteigerung unsere Wirtschaft  
ganz ruinieren.

Aus der jetzigen Stimmung kann nur eine feste Führung das Volk  
herausbringen, wie einst der Freiherren vom Stein mit seinen geradezu  
grundstürzenden Reformen. Den Russen geht es heute schlecht, aber  
fanatisch begeistert erwarten sie vom Fünfjahrplan, daß es ihnen  
dann besser geht. Solche Massenjugend für den Weidraufbau  
wünschte ich unserem Volke auch.

### Minister Dr. Wirth

hebt gegenüber dem Vortrager hervor, daß er keineswegs über die  
Beschränkung des Bürgerkrieges leicht hinweggegangen sei; aber nach seinen  
Befürwortungen mit den Innenministern von Preußen, Bayern und  
Württemberg könne er nur fragen:

Glaubt jemand, daß irgendwo in Deutschland eine SA., oder  
ein kommunistischer Trupp auch nur einen Umsturzversuch machen  
könnte, ohne daß dieser im Keim erstickt würde?

Gewiß, wenn Millionen Verzweifelter aufstünden, dann wäre die  
soziale Revolution vor der Tür. Große Parteien haben hier ihre  
Programme zurückgestellt zugunsten der allgemeinen Notwendigkeit.  
Freilich, wenn die Nationalsozialisten draußen eine wilde Hege ent-  
wickeln, auch gegen einzelne Politiker dieses Hauses, so sehen wir  
dortin geistige Krise. (Zurufe der Kommunisten: ... in der Sie  
sich befinden!) — Heiterkeit.) Im jetzigen Augenblick geht es nicht  
um geistige Diskussionen, zu der ich übrigens immer gern bereit bin.  
Das Reichsgericht hat dieser Tage in einem Urteil festgestellt, daß  
mindestens Teile der NSDAP. deren Ziel durch gewaltsamen Umsturz  
erreichen wollen. Dagegen gibt es zusammenzustehen. Und dann hat  
der deutsche Staat in diesem Winter keinen Grund zur Beforgnis.  
(Beifall.)

### Abg. Dr. Noes (Soz.)

verweist auf die von ihm dem Reichstag vorgelegte Denkschrift über  
die Gefährdung der Volksgesundheit durch die gewaltsame Arbeits-  
losigkeit und ihre Folgen. Fünf Millionen Arbeitslose bedeutet  
20 Millionen direkt davon Betroffene. In allererster Reihe wird  
die Volksgesundheit dadurch beeinträchtigt.

Direktoren von Kinderkassen sagen, daß die Mütter bereits  
in lebhafter Weise an die größte Not der Kriegsjahre erinnern.

Verfälschung und Verkaufung, wie in jener Zeit, wird wieder  
bedacht. Kinder können nicht gebadet werden, weil die  
Eltern keine Kohle zum Wasserwärmen haben. Es fehlen  
Kleider und Schuhe. In einzelnen Familien mit mehreren Kindern  
können diese nur abwechselnd zur Schule gehen, weil nur ein  
Paar Stiefel vorhanden ist.

Kinder werden morgens hungrig ohne Frühstück in die Schule  
geschickt, ihre Kleider sind verschliffen, sie haben kein Hemd auf  
dem Leibe.

Die ärztliche Hilfe wird da und dort nicht mehr in Anspruch ge-  
nommen, weil die Mütter kein Fahrgeid haben. In einzelnen  
Gegenden wird schon die Beförderung ausgesprochen, daß wir über  
kurz oder lang wieder Fälle von Skorbut zu verzeichnen haben  
werden. Eine schwere Beeinträchtigung des körperlichen Zustandes,  
eine sehr bedauerliche Zunahme des Alkoholismus sind weitere Folgen.  
(Hört, hört! links.)

Wir sollten alle unsere politischen Maßnahmen, alle Gesetze und  
alle Ausschussberatungen immer wieder nach ihren Wirkungen  
auf die Volksgesundheit beurteilen.

Man spricht sozial von der Volksgesundheit, man darf sie aber nicht  
durch eine unsoziale Politik vernachlässigen lassen und das einreihen,  
was mühsam aufgebaut worden ist.

Nach den schweren Attaken der Kriegsjahre mit dem Kohlraben-  
winter von 1916/17 und der Inflation hat jetzt die deutsche Volks-  
gesundheit die dritte, viel gefährlichere Attacke auszuhalten. Die dem  
Menschen eigene Reservetrakt wird schon das dritte Mal beansprucht.  
Wer wüßte, dieser ernststen Situation Rechnung zu tragen, der  
müßte sich vor allem an die Volksgesundheit denken und wir müssen  
unsere Maßnahmen danach einrichten. (Beifall der Soz.)

Abg. Becker-Berlin (Komm.) — das jüngste Mitglied des Hauses  
— polemisiert gegen das Verbot von Kardorffs nach Erhöhung  
des Wahlalters, das nur der Angst vor der Arbeiterjugend entspreche.  
In der Sowjetunion besteht das Wahlrecht vom 18. Jahre an. (Rufe  
der Soz.: Aber was für eins.)

### Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.)

wird von den Kommunisten mit beleidigenden Rufen empfangen  
und antwortet ihnen:

Ich bin die Mutter eines Kindes, das ungefähr so alt ist wie  
der Vortrager. Gerade darum habe ich das weiteste Verständnis  
für die ungeheure Not der erwerbslosen Jugend. Aber nicht kommuni-  
stische Phantasiegebilde können helfen, und nicht der Weg in ein  
Dunkel, das ebenso groß ist wie bei den Faschisten auf der rechten  
Seite. Leider ist es ja so, daß kommunistische Unternehmungen die  
Grundlage für die faschistische Entwicklung geliefert haben. (Zür-  
mende Zurufe der Kommunisten.)

In dem Verbot des Remarque-Films erblicken wir einen Teil der  
Kulturreaktion. Die Reichstags ist allerdings so, daß weder die  
Reichsregierung noch der Reichstag das Verbot aufheben können.  
Obwohl es bald beantragen wir eine Änderung des Gesetzes. Neben  
der Nichtbilligung des Verbots fordert unser Antrag, daß verbotene  
Filme vor geschlossenen Personentreffen ungehindert vorgeführt  
werden können.

Wir leben in dem Remarque-Film die angeblich härteste  
Kriegs- und Lebenspropaganda. Und gerade sie muß ins  
Volk dringen.

Das Verbot ist eine politische Entscheidung, die das Nichtspielgesetz

ausdrücklich unterlagert. Das Verbot ist unter dem Druck eines  
Strafentwerrens erlassen worden, der die wahrheitsgemäße Dar-  
stellung des Krieges unermöglichte. Dabei kann selbst die  
naturgetreueste Darstellung nur ein schwacher Abfluß der graulichen  
Wahrheit des Krieges sein. (Beifall Zustimmung links.)

Wenn hier ein Redner von Müttern geistochen hat, die anders  
über den Krieg denken sollen, so können das nur Ausnahmen  
sein — Eltern, die den Krieg selbst nicht kennen, aber ihre Kinder  
hineintreiben würden.

(Sehr wahr! links.) Es ist das schwerste Unrecht gegen die Mütter,  
ihnen nachzusagen, daß sie nicht alles tun wollten, um einen neuen  
Krieg zu verhindern.

Während dieser Film dem Volk vorenthalten wird,  
können die kriegsirendenden Usa-Produkte ungehindert  
wirken. Als schönstes Weihnachtsgeschenk war in „nationalen“  
Blättern ein solcher Kriegsfilm für die Jugend angepriesen. (Hört,  
hört! und Entrüstungsrufe links.) Nicht so wollen wir unsere Jugend  
erzogen wissen, sondern zum Frieden und zur Kriegsbekämpfung, das  
sind wir der Ehre unserer Gefallenen schuldig. Ihr Tod soll uns  
eine mahnende Warnung sein. Nehmen Sie unsere Anträge an!  
(Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Schlad (Z.) schildert den schlechten Ernährungsstand der  
Arbeiterklasse und weist die beim Ernährungsrat gehaltenen Rede des  
Wirtschaftsparteilers Schneidewind zurück. Da Schneidewind  
behauptet hatte, bei ihm in Köln koste ein Pfund gutes Dönsfleisch  
30 Pfennig, und da Köln sonst als eine der teuersten Städte bekannt  
ist, habe ich telegraphisch angefragt und folgende Antwort bekommen:  
„Bei Schneidewind kostet ein Pfund Schweinefleisch 60 Pf. (Heiter-  
keit), ein Pfund Blutwurst, billige, 60 Pf. (Große Heiterkeit und  
Rufe „Hop“), ein Pfund Leberwurst 60 Pf., ein Pfund Suppenfleisch  
mit Knochen 100 Pf., alles geringe Qualität.“ (Große Heiterkeit.)  
Herr Schneidewind ist übrigens seit 1925 Mitglied des Konsumvereins  
„Eintracht“ in Köln unter Nummer 81407 (Große Heiterkeit) und  
hat dort 5000 Mark Spargelb eingezahlt. (Stürmische  
Heiterkeit, da Schneidewind auch schwärz gegen die Konsumvereine  
geredet hatte.) Herr Schneidewind, ich rate Ihnen in Zukunft bei  
der Wahrheit zu bleiben! (Beifall.)

### Abg. Sellert (Soz.)

verweist auf den großen Umfang der Volkskrankheiten, nennt die  
gewaltigen Kosten der Anstaltsinassen und erweist unter Berufung  
auf ärztliche Autoritäten den großen Wert der Körperpflege und der  
Leibesübungen für die Volksgesundheit und besonders für die Stär-  
kung und Erhaltung der Jugend. Darin sowohl wie in sanitärer  
Hinsicht hat die Arbeiterpartei die größte Bedeutung. So hat  
der Arbeiterkassenrat im vergangenen Jahr bei 124 000  
Beschäftigten 1180 Lebensrettungen, davon 1076 mit Erfolg, in An-  
griff genommen. Bei den Hochwasserschäden an Rhein, Elbe und  
Oder hat die Arbeiterpartei viel Rettungsarbeit geleistet.  
Dazu kommen die Leistungen an neuen Plätzen, Jugendheimen und  
Unterrichtsinstituten, welche Einrichtungen einen Gesamtwert von über  
40 Millionen Mark haben, wovon aber nur 6 Proz. aus öffentlichen  
Mitteln stammen und

über 31 Proz. durch freiwillige unbezahlte Arbeit der Mitglieder  
geschaffen

wurden. Die Erhaltung dieser Einrichtungen kostet jährlich 2 1/2 Mil-  
lionen, davon 15 Proz. Steuern und Abgaben. (Hört, hört! links.)

Die vom internationalen Reichstagsausschuß für Leibesübungen  
beschlossene Erhöhung der Reichsbetriebskosten für Leibesübungen  
auf 150 000 Mark gefordert worden. Wir beantragen Erhöhung und  
werden auch einen Deduktionsantrag einbringen.

Die sportlichen Wettkämpfe, freilich nicht die unsinnigen Soba-  
tagereisen und die Rederbiid, müssen mehr als bisher unterstützt  
werden. Während wir für die erste Arbeiterolympiade in Frankfurt  
am Main 1925 nur 21 000 Mark vom Reichsinnenministerium er-  
halten haben, bekamen die internationalen Kampfspiele in Amster-  
dam 450 000 Mark. Für die neuen Kampfspiele in Los Angeles  
sollen 50 000 Mark gegeben werden. Für die Arbeiterolympiade in  
Wien aber nur 18 000 Mark, dazu 10 000 Mark aus dem nächst-  
jährigen Etat! Das kleine Finnland stellt für die Arbeiterolympiade  
300 000 finnische Mark zur Verfügung. Da müßte Deutschland doch  
mehr tun! (Sehr wahr! links.)

Wenn Herr Schlange der Jugend nachgesagt hat, daß sie keinen  
Idealismus habe, so wolle ich auf die vielfache Anerkennung auch  
bürgerlicher Beobachter für unser großes Fest in Nürnberg hin-  
weisen.

13 300 unserer Festteilnehmer besuchten damals das Dürer-  
Museum, während acht Tage darauf beim Hitler-Tag nicht einmal  
hundert Hakenkreuzler das Bedürfnis hatten, sich alle deutsche  
Kultur anzusehen.

Wenn die Arbeiterjugend singt „Mit uns zieht die neue Zeit“, so  
marschiert mit ihr die Kraft und der Wille, zu einer besseren Zeit  
zu kommen. (Beifall der Soz. links.)

Abg. Schneidewind (Sp.): Ich habe nicht gesagt, daß es bei mir  
so billige Wurst gibt. Mein Spargelbabe bei der „Eintracht“ ist  
durch die Inflation aufgezehrt worden. Der „Eintracht“ bin ich  
beigetreten, um zu kontrollieren, wie die Genossenschaft des Herrn  
Schlad am Mittelstand verdient. Ich habe dadurch auch wertvolles  
Material über Ihre Geschäftspraktiken erlangt.

Abg. Schlad (Z.): Das alles wird sich eben als unwahr erweisen  
wie die vorigen Reden desselben Herrn.

### Abstimmungen.

Damit ist die Debatte beendet. — Zur Abstimmung über den  
kommunistischen Mißtrauensantrag erklärt

Abg. Döberlich (Bandol.) das Mißtrauen seiner Freunde gegen  
Dr. Wirth. Bei der jetzigen Belegung des Reichstages ist  
aber ein Mißtrauensantrag eine wertlose Demonstration, und dem  
aus ganz anderen Gründen eingebrachten kommunistischen Antrag  
können wir nicht zu.

Die namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung mit 271  
gegen 66 Stimmen. 38 Wirtschaftsparteiler und Landvolksliste er-  
halten sich.

Die sozialdemokratische Entschließung auf Urlaubsentziehung für  
die Beamten-Abgeordneten, die dem Reichstag fern bleiben, geht an  
den Geschäftsordnungsausschuß. Ein kommunistischer Antrag auf  
Streichung der Polizeikontingenzsätze für Thüringen  
und Braunschweig wird in namentlicher Abstimmung mit 308 gegen  
64 Stimmen abgelehnt; ebenso ein kommunistischer Antrag auf  
Nichtbilligung der Erklärungen Dr. Wirths gegen die Freidenker-  
bewegung.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten  
wird ein Entschließungsantrag der letzteren angenommen, der

Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche, Kirche  
und Schule

verlangt, aber nur die allgemeine Einleitung, während die Einzel-  
vor schläge der Kommunisten gegen deren Stimmen abgelehnt werden.  
Dasselbe Schicksal hat der Auswahlantrag auf Einführung eines  
neueren Schuljahres. Angenommen wird ein Zentrums-  
antrag, der Hochschule für Politik wieder 100 000 Mark zu bewilligen.

Verchiedene Anträge der Rechten werden von der sozialdemo-  
kratisch-kommunistischen Mehrheit abgelehnt, so auch auf Er-  
höhung der Ausgaben für die Technische Hochschule. Dabei  
erheben sich rechts einige Smoglingträger, was einen Kommunisten  
zu dem Ausruf veranlaßt: „Ober, ein Heil!“ Abgelehnt wird der  
christlich-sozialen Antrag, daß die Reichsregierung die Niederlassung  
des „Bundes der Gottlosen“ in Deutschland nicht zulassen solle. Der  
weitere Antrag dieser Partei auf Einbringung eines Reichsbetriebs-  
gesetzes, das die Volkshochschule schützt, geht an den Bildung-  
ausschuß.

Abgelehnt wird der kommunistische Antrag, das Remarque-  
Filmbrot sofort aufzuheben.

Angenommen wird dagegen mit den Stimmen der Sozialdemo-  
kraten, der Kommunisten und der Staatspartei auch in zweiter  
Lesung der bereits bekannte sozialdemokratische Antrag und  
Geheimantrag zum Nichtspielgesetz. Der sofortigen dritten Lesung  
wird rechts widersprochen.

Der Besetzungswort gegen den Waffenmißbrauch wird dem Rechts-  
ausschuß überwiesen. Angenommen werden volksparteiliche Anträge  
auf Vorlegung eines Reichsbetriebsgesetzes und einer Zu-  
sammenfassung des internationalen Rechts, sowie eine Entschließung  
der Linken, die Aufhebung des 1920 erlassenen Streikverbots für  
lebenswichtige Betriebe verlangt.

Von den Auslieferungsanträgen wird nur, und zwar als un-  
strittig, der angenommen, der die

Genehmigung zur Durchführung des Abg. Dr. Goebbels vor Gericht  
erteilt.

Gegen 21 Uhr vertagt sich das Haus auf heute, Samstag, 10  
Uhr; Hauspost des Reichstages, kleinere Vorlagen, Genie-  
Handelsabkommen.

### Frieds Raube.

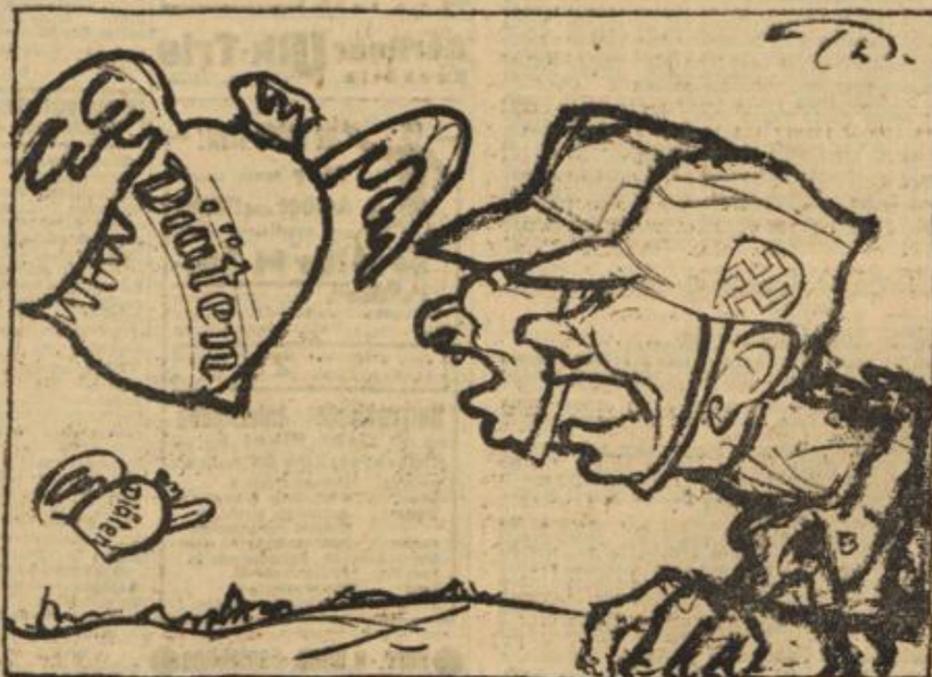
Ein Monat Gefängnis für sozialdemokratischen Redakteur.

Eisenach, 6. März. (Eigenbericht.)

Das Eisenacher Landgericht verurteilt am Freitag die Befassung  
in dem Prozeß des Oberbürgermeisters Dr. Janson gegen den  
verantwortlichen Redakteur der „Eisenacher  
Botschaft“. Der verantwortliche Redakteur des betreffen-  
den Blattes war vor Monaten wegen der Veröffentlichung eines Ge-  
sprächs, das Oberbürgermeister Janson in einem Berliner Hotel mit  
einem Polizeikommissar hatte, zu einem Monat Gefängnis  
verurteilt worden. In der Veröffentlichung wurde u. a. darauf hin-  
gewiesen, daß Oberbürgermeister Dr. Janson sich hochverrätherischer  
Antriebe schuldig gemacht habe, da er einen Polizeikommissar gesucht  
habe, der den Nazis oder dem Stahlhelm angehörte.

251 „lästige Ausländer“ aus Amerika ausgewiesen. In der  
letzten Woche sind in Berlin der zur Bekämpfung der Arbeitslosig-  
keit eingeleiteten Kampagne 251 Personen als lästige Ausländer aus-  
gewiesen worden.

## Schwänze-Diäten.



Seht sie fern vom Reichstag toben — doch der Segen kommt von oben!



## Berlin muß bauen!

### Mindes'tprogramm der freien Gewerkschaften: 14 000 Wohnungen.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Groß-Berlins haben heute dem Preussischen Minister für Volkswohlfahrt hierüber eine Denkschrift zu den Fragen des diesjährigen Berliner Wohnungsbaues übermittelt. Es heißt darin:

Die Arbeitslosigkeit im Berliner Baugewerbe hat einen erschreckenden Stand erreicht. 53 468 Bauarbeiter sind in Berlin zur Zeit erwerbslos, das sind mehr als drei Viertel sämtlicher im Baugewerbe Beschäftigten. Die freien Gewerkschaften Berlins fordern ein baldiges Arbeitsbeschaffungsprogramm für das Berliner Baugewerbe, wenn nicht die Erwerbslosigkeit in diesem wichtigen Produktionszweig, deren politische Auswirkungen in der Reichshauptstadt weit verhängnisvoller sein können als in anderen Orten des Reichs, zu unerträglichen Konsequenzen führen soll. Gerade wenn der Zeitgedanke der neuen Reichsgrundzüge für den Kleinwohnungsbau, daß die Verteilung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau künftig nicht mehr unter Berücksichtigung des Aufkommens, sondern ausschließlich unter den Gesichtspunkten des dringendsten Bedarfs erfolgen soll, konsequent durchgeführt wird, muß anerkannt werden,

daß die Reichshauptstadt unter den Orten mit allerdingstem Wohnungsbedarf und stärkstem Wohnungselend an erster Stelle steht.

Anfang 1931 wohnen in Berlin noch rund 113 000 Familien in Untermiete. Weitere 40 000 haufen in Kellerwohnungen. Mit rund 40 000 Haushaltsgründungen muß in diesem Jahr gerechnet werden. In den Jahren 1926 bis 1930 sind 148 600 Wohnungsberechtigte von außerhalb nach Berlin zugezogen, während der Reinzugang an Wohnungen in dem gleichen Zeitraum insgesamt nur 121 186 betrug. Während die gesamte Bautätigkeit Berlins nicht einmal ausreichte, um den Wohnungsbedarf der von außerhalb Zugezogenen zu befriedigen, hat die Reichshauptstadt umgekehrt in den letzten

sieben Jahren 313 Millionen Mark Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau an den Preussischen Ausgleichsfonds ohne Rückleistung abgeführt. Diese Benachteiligung Berlins darf nicht fortgesetzt werden.

Die im vorigen Jahr zweifellos vorhandene, wenn auch in der Deffektivität stark übertriebene Vermietungskrise am Berliner Neubaumarkt hat zu völlig irrigen Schlußfolgerungen der Reichsbehörden geführt, die eine Sättigung des Wohnungsbedarfs in der Reichshauptstadt annahmen. Nicht zuviel Wohnungen, sondern zu hohe Neubaumieten kennzeichnen das Berliner Baujahr 1930. Wenn nicht am Bedarf der breiten Masse vorbeifinanziert worden wäre, hätte auch die außergewöhnlich hohe Zahl von 43 892 Wohnungen, die im Vorjahre fertiggestellt wurden, unverzüglich Abzug gefunden.

Da Berlin im Vorgriff auf das Etatsjahr 1931 bereits über 55 Millionen Mark und damit über den Betrag verfügt hat, der ihm nach der Kürzung der Hauszinssteuermittel durch die Rotverordnung noch zur Verfügung steht, fordern die freien Gewerkschaften eine Sonderregelung durch einen vom preussischen Staat bereitgestellten Kredit, der in den folgenden drei Jahren aus den Mitteln des Ausgleichsfonds abgedeckt werden soll. Dieser Kredit würde Berlin in die Lage versetzen, ein

### Mindestbauprogramm von 14 000 Hauszinssteuerwohnungen

durchzuführen. Nach den Vorschlägen der freien Gewerkschaften sollen 60 Proz. davon als 1½-Zimmer-Wohnungen von 45 Quadratmeter, 10 Proz. als Wohnungen von 36 Quadratmeter für kinderlose Haushalte und 30 Proz. in Größen von 50 bis 60 Quadratmeter Wohnungsbau gebaut werden.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Berlins betonen, daß das von ihnen geforderte und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zweifellos zu verwirklichende Mindestbauprogramm nur geeignet ist, das Schlimmste von der Wohnungswirtschaft und den Bauarbeitern Berlins abzumenden.

## Berlin noch einmal im Schnee.

### Ueberall Verkehrsstopungen. — Viele Unfälle.

In Berlin und einem großen Teil des Reiches ist der Winter noch einmal eingekkehrt.

Bei einem Temperaturstand von nur wenigen Grad unter Null setzte in Berlin gestern früh ein sehr heftiges Schneetreiben ein, das bis in die Mittagstunden hinein andauerte. Zeitweise teilte sich der dicke Wolkenstreifen und es wirkte felsam, die wirbelnden Schneemengen im hellen Sonnenschein zu sehen. Entgegen der ersten Annahme, daß der Schnee den Uebergang zu neuem Tauwetter bedeutete, sank das Thermometer nachmittags erheblich.

Aber nicht alle Stadtteile Berlins sind im gleichen Maße von der „weißen Pracht“ bedacht worden. Wenn auch in der Innenstadt schon herzlich wenig vom Schnee zu merken war, so zeigen doch einige Außenbezirke eine herrliche Winterlandschaft. Im Osten und Norden Berlins waren die Schneefälle bedeutend ergiebiger als beispielsweise im Westen. Viele, die gestern mit Rodelschlitten und Skiern lustwandern wollten in den Grunewald hinausfahren, erlebten eine arge Enttäuschung, denn vom Schnee war nur wenig zu sehen. Durch den Schnee trat gestern eine starke Vereisung der Fahr-

dämme ein und vielfach konnte man beobachten, daß schwere Lastfuhrwerke stecken blieben. In vielen Fällen stürzten Pferde, so daß die Feuerwehr helfend eingreifen mußte. Auch eine Reihe Passanten kamen auf den glatten Bürgersteigen zu Fall. Für fünf Personen hatten die Stürze üble Folgen. Mit Schenkelbrüchen, Armbrüchen und Rückenverletzungen mußten sie in die nächsten Krankenhäuser gebracht werden. Zahlreiche andere Glätteopfer mußten die Hilfe der städtischen Rettungsstellen in Anspruch nehmen, von wo sie nach Anlegung von Rotverbänden wieder entlassen werden konnten.

## Bald geht das Freibaden los!

Für die Eröffnung der städtischen Freibäder sind folgende Termine vorgesehen:

Das Strandbad Wannsee hat Jahresbetrieb und trifft lediglich die Vorbereitungen, um für den Sommer wieder gerüstet zu sein. Das Strandbad Müggelsee wird am 1. April den Badebetrieb aufnehmen, und das Fließbad Vichtenberg, das mit warmem Kondenswasser vom Großkraftwerk Klingenberg versorgt wird, öffnet am 15. Mai. Die übrigen Freibäder werden am 1. Juni in Betrieb genommen und am 15. September geschlossen, während für das Fließbad Vichtenberg infolge der Warmwassererzeugung die Badezeit bis zum 30. September läuft. Der Schlusstermin für das Strandbad Müggelsee ist noch nicht festgelegt.



„Sie hat mir daselbe geboten für mein ungerodetes Land wie damals Ihnen für das gerodete“, sagt Herr Schmitzer. „Gratuliere!“ „Ich habe nicht verkauft.“ „Dann werden Sie schon wissen, warum.“ „Jawohl. Weil ich von Ihnen noch mal das Doppelte dafür kriegen werde, Herr Korn.“ „Wenn Sie mit mir und meiner Frau das letzte Jahr durchgemacht hätten, würden Sie das nicht sagen“, sagt Andreas ernst. „Aber hoffen können wir es immerhin. Noch 'ne Kartoffel?“ In diesem Augenblick schnauft es: Papendiek stapft auf sie zu. „Denken Sie“, ruft er schon von weitem, „der Rüde wird [scharf] Denken Sie bloß, der Rüde hat gebissen!“ Er ruft Vene zu, die an der anderen Feldseite die Feuer überwacht. „Hö, Vene, Rolf hat gebissen!“ Er winkt ihr; die am Feuer sehen erst jetzt, daß er seine Hand mit dem Taschentuch verbunden hat. „Was hat er denn gebissen?“ fragt Korn. „Nichts!“ sagt Papendiek stolz und zeigt seine blutige Hand. „Norerst mal nicht!“ Sie lachen alle, lange und laut, so daß Vene herantritt. „Nu ja“, sucht Papendiek sich gegen das allgemeine Gelächter durchzusetzen, „es ist doch ein Anfang, meine Damen und Herren! Ein sehr schöner Anfang sogar! Sie werden schon sehen, in Kürze —“ Luise gibt ihm eine Kartoffel; nun will auch Vene eine. Papendiek findet plötzlich, daß bei dem improvisierten Kartoffelkamin doch eigentlich Waschkles fehlen — und schon hat er sie aus ihrem Häuschen geholt; ihre Feuer sind bereits heruntergebrannt, weil sie nur dünnes, einjähriges Kraut hatten. Die Anna Waschke, die sonst in letzter Zeit immer so vergrämt aussieht, hat ordentlich leuchtende Augen im Glanz des Feuers; ob auch Herr Schmitzer nur vom Feuer so rot ist, oder auch wegen Vene Papendiek, die neben ihm sitzt —

das ist schwer zu sagen. Und es kann auch vom vielen Husten sein; der Quaal beißt ihn so in der Lunge; aber er bleibt.

Das Gespräch ist bald bei den Käfern, wie könnte es anders; überstandene Leiden streift man gern mit Worten. Man lacht über Venes Achtsamkeit und lobt Waschkles Zuverlässigkeit; der wendet sich ab. Der Zettel mit der Adresse ist nicht mehr in seiner Geldtasche; aber er weiß sie auswendig, diese Adresse, und andere mehr; und er hat den Verkauf von Annas Schürzen selbst übernommen und somit einen Grund, um selten im Stubbenland und oft in der Stadt zu sein.

Nach ihren Leiden sprechen sie von ihren Hoffnungen, und es sind die einen so groß wie die anderen, und das lodernde Feuer macht sie nicht kleiner. Wieder fällt Luise was Religiöses ein, ein Bibelspruch aus der Schulzeit: Siehe, wie fein und lieblich es ist, wenn Brüder einträchtiglich miteinander leben. Es paßt nicht ganz, denn sie sind ja keine Brüder, und es paßt genau, denn sie sind wiederum doch Brüder; am liebsten möchte sie den Spruch sagen, aber das magt sie doch nicht; und wer weiß, wie lange man das bleibt: Brüder. . . Die Not ist so groß, und der Mensch ist so klein.

Das Feuer verlöscht; mit feuchten Fellen kriechen die Novembernebel in den mondlosen Abend.

Was Papendiek vom Stubbenlander Wind gesagt hat, ganz im Anfang, den Zeitgesinger in die Luft und den Landwirtschaftlichen Ratgeber im Herzen haltend: daß er ein Segen sei für die Landwirtschaft — das stimmt nicht ganz.

Und was Andreas Korn vom Stubbenlander Wind behauptet hat, oft und immer wieder, wenn er Sand in die Augen warf und die Spargelstauden umdrehte wie Zwirn: daß er ein ganz infames Ekel sei — das stimmt auch nicht ganz.

Sondern der Wind ist weder ein Segen noch ein Ekel: er ist der König auf Stubbenland. Ein gewaltiger König — und noch jeder gewaltige König ist ein großes Ekel und ein großer Segen gewesen. Von unten betrachtet ein Ekel; von oben betrachtet ein Segen.

So ist auch König Wind unten, wo er seine Füße hat und den Sand aufwirbelt bei seinem immer schneellen Lauf über Stubbenland, ein Ekel; oben aber, wo er seine weißen, wilden Wollenhände hat, ein Segen. Und es fehlt droben der Segen, wenn drunten der Sand nicht wirbelt; wenn der König nicht da ist; wie in diesem April.

Anfang März ist er gekommen und hat dem Frost das gläserne Kleid zertritten; und seither nicht mehr. Seither ist kein Regen gefallen überm Stubbenland. Zum ersten

## Feuer im Kino.

### Zwei Vorführer durch Stichflammen verletzt.

Im Vorführungsraum eines Tageskinos im Hause Brunnenstraße 181 entstand gestern ein gefährlicher Brand, bei dem zwei Vorführer durch Stichflammen erhebliche Brandverletzungen erlitten.

Das Feuer beschränkte sich glücklicherweise auf den Vorführungsraum und wurde von den Zuschauern überhaupt nicht bemerkt, da die Sicherungskappen sofort in Funktion traten. Während der 24jährige Vorführer Karl Hamann aus der Kleinen Hamburger Straße 10/11 gerade am Apparat den ablaufenden Film beobachtete und der 24jährige Fritz Koll aus der Rosenthaler Straße 18 den Aufwicklungsapparat bediente, riß plötzlich der Filmstreifen. Durch die Reibung und Hitze entzündete sich der Film sofort und loderte explosionsartig auf. Die beiden jungen Leute wurden von den Flammen erfaßt und erheblich verletzt. Glücklicherweise gelang es beiden, den Raum trotz ihrer Verletzungen noch rechtzeitig zu verlassen.

Hamann mußte in die Charité gebracht werden, Koll konnte nach Anlegung von Rotverbänden auf der nächsten Rettungsstelle in seine Wohnung entlassen werden. Das Feuer im Vorführungsraum konnte von der Feuerwehr schnell erstickt werden.

## Ueberfall auf Bankboten.

### 20 000 M. erbeutet. — Die Räuber im Auto entkommen.

Mittona, 6. März.

Am heutigen Freitagmorgen gegen 12 Uhr wurde in der Schillerstraße ein außerordentlich frecher Raubüberfall auf einen Bankboten ausgeführt. Aus einem mit vier Personen besetzten Kraftwagen stiegen plötzlich zwei Männer aus und sprangen auf den Bankboten zu. Während einer von ihnen den Ueberfallenen mit einem Revolver bedrohte, entriß der andere ihm eine Aktentasche mit 20 000 Mark Inhalt. Die beiden Räuber stüchteten dann wieder in den Kraftwagen, der in scharfer Fahrt in Richtung Hamburg davonfuhr. Die geraubte Geldsumme bestand zum größten Teil aus 10- und 20-Mark-Scheinen, während 4000 Mark Silbergeld waren. Bei dem Kraftwagen handelt es sich um einen vierstigen braunen Personenwagen mit grauem Segelfußverdeck.

## Drei Tote bei einem Hauseinsturz.

Malland, 6. März.

In der Nacht auf Freitag stürzte in Roncello bei Monza ein Haus ein und begrub die Bewohner unter den Trümmern. Bei Fackelbeleuchtung arbeiteten Karabinier an der Rettung der Verunglückten. Das Oberhaupt der Familie und zwei seiner Töchter konnten nur als Leichen geborgen werden. Die anderen sechs Hausbewohner trugen schwere Verletzungen davon.

## Deutsche Bauausstellung stark besichtigt.

Die Anmeldungen zur Deutschen Bauausstellung Berlin 1931 sind in den letzten Wochen so zahlreich eingelaufen, daß die etwa 60 000 Quadratmeter umfassende gedeckten Ausstellungshallen bis auf etwa 2000 Quadratmeter und das zirka 70 000 Quadratmeter umfassende Ausstellungsfreigelände bis auf etwa 3000 Quadratmeter fest belegt sind. Infolgedessen ist der offizielle Ausstellungseinkauf der am 9. Mai beginnenden Ausstellung endgültig auf den 25. März d. J. festgesetzt worden.

Führung durch das Pergamon-Museum. Der Bildungsausschuß Charlottenburg veranstaltet Sonntag, 15. Uhr, eine Führung durch das Pergamon-Museum. Arbeiterjugend und Gäste willkommen. Treffpunkt Eingang Neues Museum.

Male bleibt der Wind aus; „natürlich!“ sagt Andreas Korn bitter, denn die Stubbenlander wollen ernten; nein: sie müssen ernten, um zu leben. Zwei volle Jahre hindurch haben die Pflanzen Kraft gesammelt; nun werden sie die Wunden ertragen, die das Spargelmesser schneidet. Drei Wochen nur wird heuer gestochen, nicht acht oder zehn wie in den späteren Jahren; die Pflanzen müssen geschont werden.

Sie haben sich gut gerüstet für diese drei Wochen, die Stubbenlander; sie sind ein einiges Volk geworden durch die Not mit den Käfern, und ihr Feldherr heißt Papendiek.

Nach Hamburg ist der Feldherr gefahren und hat Abmachungen getroffen mit einem Kommissionär. Der wird Papendieks und Korns gesamte Ernte übernehmen und zum Tagespreis verkaufen; Waschkles stechen ja erst im nächsten Jahr. Zehn Prozent Verdienst beansprucht der Kommissionär, und das ist nicht viel. „Na, wie habe ich das mal wieder gemacht!“ hat der Feldherr gefragt, als er heimgekehrt ist; und diesmal hat man bedenkenlos geantwortet: „Gut, Papendiek!“

Das dicke Ende freilich kommt nach, als die schriftlichen Verträge einlaufen. Darin heißt es: „Die Abmachungen beziehen sich auf frischen, gewaschenen und sortierten Spargel.“ Gewaschen und sortiert! Daran hat der Feldherr nicht gedacht. Das erfordert Arbeitskräfte und bauliche Einrichtungen: Becken, in denen die vier Sorten gewaschen und aufbewahrt werden können.

Feldherrngröße aber zeigt sich erst in der Not. Eine Konservenfabrik wird benachrichtigt. Der Vertreter kommt gleich im Auto, will die ganze Ernte fest kaufen, unsortiert und ungewaschen. Aber zum halben Preis. Das geschieht drei Tage vor dem voraussichtlichen ersten Erntetage, dem 28. April.

Da zeigt Papendiek nicht mehr Feldherrngröße, sondern Menschengröße. „Ich werde die Waschanlage bauen lassen. Dann können auch Korns ihren Spargel bei mir waschen. Ich greife eben Venes Mütterliches an und zahle es nach der Ernte zurück.“ Und er hebt Venes Mütterliches, das ganze tausend Mark beträgt, von der Bank ab und läßt Arbeiter kommen und baut die Waschanlage und engagiert Anna Waschke; nur zum Waschen, ihrer Schwäche wegen. Und Paul Waschke soll, trotz seiner neuerlichen Unzuverlässigkeit, die Spargelzentner zur Bahn fahren. Und Korn und er und Vene wollen stechen. Tag für Tag schleift und pugt er die Spargelmesser; jeder soll ein Feldherr.

(Fortsetzung folgt.)

# Der Tod des Schaustellers.

Der schiefwältige Nazi. — Kommunist wegen Landfriedensbruch verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Weidling hatte am 23. Januar den 23jährigen SL-Führer beim Stabe Standarte 4, den Kaufmann Springstüb, wegen jahrlängiger Lösung in Lateinheit mit unbefugtem Waffenbesitz zu der äußerst milden Strafe von neun Monaten Gefängnis verurteilt. Nach einer Propagandafahrt von etwa zwölf Kommunisten mit Steinen beworfen und durch Revolver-schüsse gefährdet, stürzte er in seine Wohnung, ergriff ein Jagdgewehr und schoss, obgleich die Gefahr eigentlich bereits vorüber war, auf den völlig unbeteiligten 40jährigen Schausteller Sohl, der an der Verwundung starb. Nach langen Bemühungen gelang es der Polizei, einen der Kommunisten, die über den SL-Führer und seinen Begleiter hergefallen waren, den 34jährigen Funktionär der kommunistischen Partei Silberhaar, hinter Schloss und Riegel zu bringen. Gestern verantwortete dieser sich vor dem Schöffengericht Berlin-Weidling als Rädelsführer wegen schweren Landfriedensbruchs.

Der Angeklagte bestritt nicht, sich den Vorfall als Zuschauer angesehen zu haben, widersprach aber entschieden der Behauptung der Anklage, er sei an dem Ueberfall beteiligt gewesen. Die Beweisaufnahme schien ihm unrecht zu geben; u. a. hatte ihn ein völlig unbeteiligter Zeuge rufen hören „Deht aber alle weg!“ Hinzu kam, daß er erst wenige Wochen vor diesem Vorfall gleichfalls für eine politische Rowdyhandlung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Gerade dieser Umstand brachte ihm diesmal eine hohe Strafe ein. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt, das Gericht erkannte wegen einfachen Landfriedensbruchs auf zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft; gegen das politische Rowdytum müsse mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden; derartige Handlungen hätten mit politischen Ueberzeugungen nichts mehr zu tun.

Silberhaar wird gegen das Urteil höchstwahrscheinlich Berufung einlegen. Als Vater zweier Kinder sollte er aber Einsicht genug haben, um sich zu sagen: Der Ueberfall der zwölf Kommunisten auf die beiden Nationalsozialisten war keine Heldentat. Die Folge dieses Ueberfalls war aber der unerbittliche jahrlängige Schuß des Nationalsozialisten Springstüb und der Tod des Schaustellers Sohl. Allerdings hat Springstüb nur neun Monate Gefängnis erhalten...

# Schiffe in höchster Not.

Acht Meter hohe Eiswände in der Ostsee.

Stockholm, 6. März.

Au der schwedischen Ostseeküste haben Schneefürne am Freitag der Schiffsahrt große Schwierigkeiten bereitet. In kritischer Lage befinden sich die beiden schwedischen Dampfer „Rau“ und „Warjo“, die von einem Staatseisbrecher nach Gäddle einbugsiert werden sollten. Der Versuch mußte aufgegeben werden, da acht Meter hohe Eiswände jedes Vorwärtkommen unmöglich machte. Da der Sturm 20 Sekundenmeter beträgt und außerdem dichter Nebel herrscht, hat man ernste Beforgnisse. Im Finnischen Meerbusen sind die beiden deutschen Dampfer „Cremon“ und „Hägler“ aus Hamburg bei Grefstrand eingetroffen. Ihre Lage wird als ernst bezeichnet, da ein in der Nähe befindlicher Eisbrecher keine Hilfe bringen kann.

# Rattengift und Leuchtgas.

Sie wollten gemeinsam sterben.

In ihrer Wohnung in der Mantuffelstraße wurden heute früh der 26jährige Elektrotechniker Heinz R. und seine 21jährige Braut Thea R. bewußlos aufgefunden. Die jungen Leute wollten aus noch unbekanntem Grund freiwillig in den Tod gehen. Nachdem beide zuvor eine größere Dosis Rattengift zu sich genommen hatten, drehten sie die Gasähne auf. Durch den Gasgeruch wurden Flurnachbarn aufmerksam, die sofort die Feuerwehr alarmierten. Das lebensmüde junge Paar wurde ins Urbanfrankenhaus überführt.

# Magnetismus und Hypnotismus.

Bei der Berliner Gesellschaft für Psychologie und Charakterologie sprach Geheimrat Dr. A. Roll über „Tierischen Magnetismus und Hypnotismus“.

Bei der Entdeckung des tierischen Magnetismus wurde dieser von vornherein mit Hypnotismus verwechselt. Der tierische Magnetismus behandelt die Frage, ob ein Mensch auf den anderen magnetischen Einfluß ausüben und im Sinne einer Heilwirkung übertragen kann, also ähnlich der Kraft, die im mineralischen Magnetismus zu spüren ist. Das Rätsel sei noch nicht endgültig gelöst. Mesmer, der Vater des tierischen Magnetismus, sah schon etwas anderes in ihm, als seine heutigen Vertreter. Mesmer ließ sich von astrologischen Deutungen leiten, wie den Einfluß der Gestirne auf den Menschen. Brauchte man den Kranken in eine solche Einflußsphäre, so sollte er geheilt werden. Es war also bei Mesmer nichts von persönlicher Uebertragung, wie sie die heutigen Heilmagnetopathen üben, es genügte, daß er die „Verbindung“ herstellte. Mesmer hat z. B. auch nicht daran gedacht, daß ein Fluidum aus den Händen ausstrahle. Die vielen rätselhaften Erscheinungen, die Mesmer und seine Schule bei hysterischen beobachteten, waren mehr oder weniger auf das Komio des Hypnotismus zu sehen. Braid in Manchester veröffentlichte 1843 den Nachweis des Hypnotismus, bei dem man ohne Fluidum einfach durch Suggestion in der Lage war, einen Menschen einzuschlafen. Seitdem fehlt dem tierischen Magnetismus jeder wissenschaftliche Beweis. Der Redner berichtete von seinen langen Versuchsreihen, die sich durch viele Jahre erstreckt haben, in denen kein Heilmagnetiseur in der Lage war, den tierischen Magnetismus als Kraft nachzuweisen.

# Arbeitslosentwelle steigt auch in den Landkreisen.

Die Zahl der in den Landkreisen unterstützten Wohlfahrts-erwerbslosen hat im Januar 1931 weiter zugenommen. In den deutschen Landkreisen wurden am 31. Januar 1931 325 000 laufend unterstützte Wohlfahrts-erwerbslose festgestellt. Gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1930 (290 000) bedeutet dies eine Steigerung um 12,2 Proz. Auch die Zahl der im Wege der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge mit unterstützten Angehörigen der Wohlfahrts-erwerbslosen ist um 50 000 von 510 000 am 31. Dezember 1930 auf 561 000 am 31. Januar 1931 gestiegen. Mitbin mußten im Wege der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge am 31. Januar 1931 in den deutschen Landkreisen 886 000 Personen (gegenüber 800 000 am 31. Dezember 1930) unterstützt werden.

# Wie ein Junge zum Räuber wurde.

Der Ueberfall auf das Postamt 54 / Die Täter — Opfer der Großstadt?

Der Raubüberfall auf das Postamt 54 in der Lothringer Straße, am 27. Februar, fand bereits gestern vor dem Schnellschöffengericht seine vorläufige „Sühne“. Die Einzelheiten seien hier ins Gedächtnis zurückgerufen. In den Abendstunden überreichte ein junger Mann dem Postbeamten eine Geldanweisung. Während dieser einige Korrekturen vornahm, ergriff der junge Mensch eine Anzahl 50-Mark-Scheine, der Beamte hielt seine Hand fest, erhielt einen Schlag mit der Faust über den Puls, ließ den Räuber los, schrie: Halte den Räuber!, andere Beamte stürzten herbei, packten den Uebelthäter, dieser biß einem der Beamten in die Hand, dem anderen gab er einen Fußtritt, wurde aber schließlich überwältigt. Das Geld fand man bei ihm nicht mehr.

Vor dem Schnellschöffengericht stand jetzt ein 24jähriger, viel jünger aussehender Bursche, anscheinend zerrnisch, von der Schnelligkeit der Aburteilung bestürzt. So hatte er sich die Sache nicht gedacht, als er mit seinem Komplizen auf dem Bahnhof Zoo den Plan faßte, das Postamt auszurauben. „Der Gedanke gehört dem anderen“, sagte der 24jährige. „Ich hatte eigentlich keine Lust mitzumachen. Wer das Geld ergreifen und wer Schmiere stehen sollte, wurde durch das Los bestimmt. Ein Dritter sollte dabei sein, kam aber nicht.“ Wie die beiden Burschen überhaupt auf die Idee gekommen waren, gerade dieses Postamt auszuplündern, wie sie die Hemmungsvorstellungen in sich überwinden haben, — davon erfährt man nichts. Wohl hörte man etwas aus dem Munde des Angeklagten.

# Wie der Junge auf die schiefe Bahn geriet.

Der Vater, Kaufmann in Halle (Saale), starb im Jahre 1924, die Mutter 1927. Der Junge besuchte das Gymnasium, machte das Einjährige, wollte Elektromechaniker werden, der Vater sagte: „Du wirst Kaufmann wie Großvater es war und wie ich es bin.“ „Man kann einen doch nur zu einem Beruf zwingen, nicht zwingen“, meinte der junge Mensch gestern. Er kam in ein Bankgeschäft, eine In-

flationsquetsche mit 56 Lehrlingen, wurde während der Deflation abgebaut und vom Vater in die Fürsorge gegeben, als er, die Mutter schützend, gegen ihn einen Revisor 1927 verließ, der die Fürsorgeanstalt. Gleichgeschlechtliche Beziehungen führten ihn in homosexuelle Lokale. Es ging bald abwärts mit ihm, ständig befand er sich in Not und wurde bald wegen Bettelst, bald wegen Obdachlosigkeit bestraft. Bis er im Jahre 1928, gemeinsam mit einem anderen, eine Reihe Gelddiebstähle aus dem Straßensprengelautomaten beging. Dafür erhielt er ein Jahr vier Monate Gefängnis, beging zwei Selbstmordversuche und verübte einen Teil der Strafe. Kurze Zeit lebte er in einer Bodelschwinghschen Anstalt, dann in der Arbeitskolonie Hoffmannsdahl, wollte sich aber weder von der Gefängnisfürsorge noch von anderer Seite helfen lassen, verübte als „Strichjunge“ immer mehr und beging den Postraub. Die neuen Fünzigmarkscheine, die er erbeutet hat, will er beim Abtransport verloren haben. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Man fragte sich gestern, ob der Fall für das Schnellschöffengericht geeignet war. Die Polizei hatte noch nicht Zeit genug, den Komplizen zu finden, der der geistige Urheber der Tat gewesen sein soll. Die Recherchen über die Persönlichkeit des Angeklagten konnten gleichfalls nicht zu Ende geführt werden. Ministerialdirigent Dr. Bürger, der über den Angeklagten, den er von früher her kennt, sein Gutachten zu erstatten hatte, konnte sich nur äußerst vorsichtig ausdrücken, da er den Angeklagten neuerdings nicht untersucht hat. Nehmlich lagen die Dinge vor einigen Tagen. Da war ein bisher Unbestrafter, gleichfalls wegen Raubes angeklagt. Seine drei Komplizen waren noch unentdeckt geblieben; die Polizei dürfte sie aber den Umständen nach bestimmt finden. War hier die gezielte Verhandlung am Platze? Man glaubt, dies aus Abschreckungsgründen tun zu müssen. Ob es richtig ist, mag dahingestellt bleiben! Vielleicht liegt hier doch eine Ueberspannung der Schnelljustiz vor.

# Zwischen Winter und Frühling.

Ein Landschaftsbild von seltenem Reiz bietet gegenwärtig der Große Scharmühelsee, den der Berliner in knapp zwei Stunden über Erkner/Fürstenwalde im Borsortverkehr erreicht. Viele kennen Saarow und Saarow-Pleskow im Sommer, aber nur wenige pflegen Saarow auch im Winter zu besuchen. Wer gegenwärtig einen Ausflug an den Scharmühelsee unternimmt, wird das sicherlich nicht bereuen. Während der Frühling schon in der Luft liegt, die Sonne täglich stärker wärmt und mit ihren Strahlen die Vogelwelt in den unendlichen Wäldern, die Saarow und die Rauener Berge umschließen, herauslockt, liegt der See noch als riesige silberne Eisfläche vor dem Beschauer. Wer in diesen Sonnentagen auf den stillen Terrassen am See verweilt, dünkt sich inmitten einer sinnlichen Landschaft. Ringsum ragen die dunklen Wälder gegen den blauen Himmel empor, eine seltsam reine, tühle und dennoch nicht unwirtliche Luft schwebt über dem See, und unter dem Eise grollen dumpfe Erschütterungen, deren merkwürdiges Rollen sich hunderte von Metern weit unter der schneeigen Decke forpflanzt.

# Ein unangenehmer Marokkaner.

Er stecht die Zähne und schwingt sein Messer.

Einen ziemlich heftigen Aufruhr verursachte ein Marokkaner am haken Markt an der Rosenthaler Straße. Rollenden Auges und ein Messer in der Hand lief er durch die Straßen.

In seinem angetrunkenen Zustande belästigte er die Passanten, die sich durch das Messer bedroht fühlten. Ein Polizeibeamter, der herbeigerufen wurde, wollte ihm das offene Messer wegnehmen. Jetzt wurde der Marokkaner rabiat und schlug auf den Beamten ein. Der Beamte machte ihn aber durch Boghiebe unschädlich und brachte ihn mit Hilfe eines Kameraden zur Wache. Auf dem Wege dorthin tobte der Sistierte, schlug um sich und versuchte zu beißen. Am Freitagmorgen wurde er dem Polizeipräsidium eingeliefert. Es ist ein 30 Jahre alter Artist Tripitan Ham o, der aus Casablanca stammt. Mit der französischen Besatzungsarmee war er nach Deutschland gekommen und ist vom Regiment desertiert. Ueber Köln und Hamburg war er jetzt nach Berlin gekommen. Als herumziehender Artist hatte er seine Künste im Messerwerfen und Ringklettern gezeigt.

Hammo behauptet, er habe niemand etwas zu Leide tun wollen, sondern sich nur sein Messer „angesehen“. Die Aussagen der Passanten lassen sein Gebahren aber in einem wesentlich anderen Licht erscheinen. Sie hatten den Eindruck, daß der Marokkaner beinahe Amok lief. Der Festgenommene wird dem Richter vorgeführt werden.

Sprechchor für proletarische Felerstunden. Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr: Übungsstunde in der Aula der Schule Danziger Straße 23.



„Kleine Prozesse in Noabit“ heißen die Ausführungen Genoschilchägers. Er liest zwei Szenen. Keine weiterzuerhellenden Vorgänge, kein Pathos. Die Szenen schälen in gedrängter Form das Charakteristische heraus. Sie zeigen die Belanglosigkeit, um die es bei diesen Prozessen geht. Klar kommt die Notwendigkeit zum Ausdruck, daß der Richter in erster Linie ein wissender Mensch zu kennen sein muß. Oskar Baum aus Prag stellt die Frage: „Können wir und können uns unsere Träume beeinflussen?“ Er bejaht sie. Ohne durch Fiktion zu verwirren, versucht sein Vortrag den Hörer mit den Traumtheorien bekannt zu machen. Es handelt sich nicht um einen Vortrag, der in wissenschaftlicher Art einen Gedanken logisch aus dem anderen entwickelt. Es ist eher eine Blaubei. In der Jugendstunde spricht Friedrich Wendel. Er nennt seine Betrachtungen „Reise durch unsere Stube“. Von einfachen Gebrauchsgegenständen ausgehend kommt er zu ihrer Fabrikation, ihrer Entstehung. Er gibt knappe historische Ueberblicke und macht Ausflüge ins Soziale und in die Naturwissenschaft. Eine Veranstaltung, der auch der Erwackene gern folgt. Ueber das Abendkonzert wird hier an anderer Stelle berichtet werden. Eine Bemerkung noch zu Verbis „Rigoletto“ auf Schallplatten. Die Auswahl ist nicht immer glücklich getroffen und auch manche Stimmen weisen Mängel auf. F. Sch.

# Rulide durchquert Berlin.

Die Werbeparole Otto Wels hat nun auch ihre lebendige Gestalt auf den Brettern, die die Welt bedeuten, gefunden. Die 4. Abteilung veranstaltete kürzlich einen Werbeabend in Bogels Festsaal, der die große politisch-satirische Revue „Wo bleibt der zweite Mann?“ aus der Taufe hob. In gemeinsamer Arbeit der Genossen der Abteilung war Stück und Ausführung entstanden, und was gab es nicht alles zu sehen! Rulide, der politisch Indifferente, stößt auf seinem Rundgang durch Berlin mit Nazis aller Art zusammen, besucht eine Goebbels-Veranstaltung, eine Sitzung des Kriegervereins Säckelkusterhausen, nimmt an einer Rundfunkstunde teil, in die Roslau seine berühmten „Parolen“ funkelt. Sogar eine neue Fassung des für die Zensur gereinigten Films „Im Westen was Neues“ wird „gedreht“. Schließlich führt ihn sein Begleiter in eine sozialdemokratische Versammlung, in der Genosse Heldmann dann das Wort nahm, und nach dieser Rede moßte sich Rulide als „zweiter Mann“ zum Beitritt in die Partei. — Ein Doppelquartett unserer Arbeiterkämpfer, Arbeiterboyer, Reichsbanner, SWJ, nervvollstündigen, im Rahmen der Revue, den vielseitigen Abend, der darstellerisch und auch in technischer Hinsicht Hervorragendes bot. Und, was die Hauptfrage war, Rulide blieb nicht der einzige, der sich der Partei anschloß, eine ganze Reihe von Neuaufnahmen konnten gebucht werden.

# Im Kampf gegen Lüge und Verleumdung.

Die Friedrichshogener Parteigenossen hatten kürzlich wieder eine sehr gut besuchte und glänzend verkaufte Volksversammlung gegen die Nationalsozialisten veranstaltet. Der große Saal des Gesellschaftshauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es sprach Genosse Prof. Dr. Kölling über das Thema „Wo liegen die wahren November-Verbrecher?“ Genosse Kölling stellte unter anderem fest, daß die Sozialdemokratie das, was sie in den Novembertagen des Jahres 1918 getan hat, jederzeit verantworten kann. Ihre Taten bezweckten nichts anderes, als Deutschland vor dem völligen Untergang zu retten. Nicht die Sozialdemokraten seien Novemberverbrecher, sondern alle diejenigen, die in ihrer Begeisterung für die Politik des Chauvinismus und des Imperialismus keine Grenzen kannten und dadurch den unglücklichen Ausgang des Krieges mit verursachen halfen. Die Ausführungen wurden wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen. Obwohl Nationalsozialisten anwesend waren, und ihnen das Wort ausdrücklich zugesichert war, fand keiner den Mut zur Abgabe einer Wortmeldung. Die Versammlung fand mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei ihr Ende.

# Chaplin kommt auch nach Berlin.

Seit rund einer Woche ist Charlie Chaplin, der Filmkünstler, in London. Vor 20 Jahren verließ er arm und unbekannt das jüdische Armenviertel von London. Als er am Donnerstagmittag in seiner Heimat ankam, standen Zehntausende von Menschen auf dem Bahnhof und in den Straßen, um den großen Künstler begeistert zu begrüßen. Auf den Schultern wurde er aus dem Bahnhof getragen. Chaplin erklärte, er werde vier Monate in Europa bleiben und Zeit finden, auch nach Berlin zu kommen.

„Oesterreichische Rhapsodie.“ Oesterreich, das Land der Berge und Seen, das Land der alten Städte- und Kirchenkultur, zeigt uns der am Sonntag, dem 8. März, 11.30 Uhr vormittags, in den Kammerlichspielen zur Berliner Uraufführung gelangende Film der Kulturfilm-Gesellschaft e. V., der als einmalige Sonderveranstaltung stattfindet. Die Aufführung findet unter Mitwirkung des vollen Ufa-Orchesters unter Leitung von Kapellmeister Walter Winnig statt.

25 Jahre Oberlyzeum Weihenstephan. Am 26. März feiert das Städtische Oberlyzeum in Weihenstephan das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Das Oberlyzeum siedelte Ostern 1903 in das neue Schulgebäude über, das sich auf dem Gelände zwischen Taborius-, Wart- und Laßstrasse erhebt. Die Schule zählt jetzt 526 SchülerInnen und wird noch heute von ihrem Mitbegründer, Studienrat Dr. Lange, geleitet.

25jähriges Jubiläum eines Schülervereins. Am 28. März 1931 feiert der Verein ehemaliger Schüler der Menges-Realschule auf sein 25jähriges Bestehen zurück. Zur Feier dieses für einen Schülerverein recht seltenen Jubiläums findet am Jubiläumstage im akademischen Vereinshaus „Hütte“, Bachstraße (am Bahnhof Tiergarten), ein Festabend statt. Eventuelle Anfragen beantwortet Herr Oberkulturredirektor August Körner, Berlin NW 21, Wilhelmshovener Straße 68.

Theater am Schiffbauerdamm. Die für heute, 23. Uhr, angelegte Vorstellung von Frau Ute Laster-Schüler beginnt erst 23 1/2 Uhr.





# Reinigung bei Schulze-Delitzsch

## Genossenschaftliche Kreditpolitik unter kritischer Lupe.

Gestern fand unter starker Beteiligung aus dem Reiche der 6. Giroverbandstag der gewerblichen Kreditgenossenschaften in der Krolloper statt. An der Tagung nahmen mehr als tausend Genossenschaftsvertreter teil.

Die Bedeutung, die den im Deutschen Genossenschaftsverband zusammengeschlossenen kleingewerblichen Kredit- und Waren-genossenschaften im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft zukommt — betrug doch der Umsatz der Waren-genossenschaften mit 300 000 Mitgliedern rund eine Milliarde Mark im letzten Jahr und die Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften rund 1,5 Milliarden Mark bei einer Million Mitglieder Ende 1930 —, rechtfertigt eine nähere Betrachtung der Entwicklung im gewerblichen Genossenschaftswesen.

Diese Entwicklung ist nicht immer erfreulich gewesen. Wenn auch die Schulze-Delitzsch-Organisationen von derartigen Bewusstseinsänderungen, wie sie die landwirtschaftlichen Raiffeisengenossenschaften durch die unselige Geschäftspolitik ihrer Zentralinstitute erlitten, verschont blieben, so hat doch die nicht geringe Zahl der Zusammenbrüche bei den gewerblichen Genossenschaften den Beweis erbracht, daß die traditionellen genossenschaftlichen Geschäftsprinzipien nicht durchweg mehr Gemeingut aller verantwortlichen Leiter sind. Die Folgen dieses Verfalls mancher Genossenschaftsleiter mühten in den letzten beiden Jahren um so schärfer zutage treten, als die Genossenschaften infolge der Krisenstürme vor besonders schwerwiegenden Aufgaben gestellt wurden.

Die gestrige Tagung lieferte den Beweis, daß die verantwortlichen Führer der gewerblichen Genossenschaften die vorhandenen Mißstände erkannt und auch den Mut besaßen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Sie zeigte aber auch, daß das Selbstvertrauen zur genossenschaftlichen Arbeit nicht gelitten hat und die Erkenntnis an Boden gewonnen hat, welche Bedeutung der genossenschaftliche Zusammenschluß für den kleinen Mittelstand besitzt.

Wie die früheren Tagungen leitete auch die gestrige Direktor Klemm von der Dresdner Bank, deren Genossenschafts-Abteilung des Spitzengremiums der Schulze-Delitzsch-Organisation darstellt. Der langjährige Verbandsanwalt, Professor Stein, deutete in seiner Ansprache bereits an, daß die Tagung zum Anlaß

einer gründlichen Selbstkritik genommen werden müsse, die der Leiter der Genossenschafts-Abteilung der Dresdner Bank, Direktor Kapmann, sodann auch in aller Offenheit ablegte. Die vorhandenen Mißstände konnten nicht abgestritten werden. Allerdings seien die entstandenen Verluste im Verhältnis zur Gesamtzahl der Genossenschaften gering. Wenn auch die veränderten Zeitverhältnisse Unruhe in das Genossenschaftswesen hineingetragen hätten, so müsse um so eher an den idealen Grundanschauungen des Genossenschaftswesens festgehalten werden. Es hätten sich in letzter Zeit durch Großmannsucht, unvorsichtige Geschäfts- und Kreditpolitik Mißstände herausgestellt, die zu einer Vernachlässigung der Eigenkapitalbildung zugunsten hoher Verzinsung der Anteile geführt hätten. Ausschlaggebend sei die Frage einer möglichst großen finanziellen Flüssigkeit. Kredite an Aufsichtsratsmitglieder und Direktoren bildeten eine sehr ernste Gefahrenquelle. Die Zusammenbrüche der letzten Zeit seien hauptsächlich auf Verstöße gegen solide kaufmännische Grundsätze und auf mangelndes Verantwortungsgefühl der Verwaltung zurückzuführen. Wie das Bankgewerbe stünden jetzt auch die Kreditgenossenschaften in einer Reinigungsaktion.

Sodann ging der Redner auf die notwendigen Vorbeugungsmaßnahmen ein, die er in erster Linie in einem sorgfältigen Kusteleprinzip der Verwaltungspersonalitäten erblickt. Auch sei an eine Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen zu denken. Unbedingt notwendig sei ein Ausbau der Revisionen nach der materiellen Seite hin. Die Revisionen mühten durch eine völlig unabhängige dritte Stelle erfolgen.

Als nächster Redner sprach Prof. Grünfeld, Halle, über „Die Genossenschaften gestern, heute und morgen“. Der Gedanke der wirtschaftlichen Selbsthilfe habe Einbuße erlitten (Subventionen), doch über habe das Genossenschaftswesen im Handwerk, im Einzelhandel und im Proletariat wie auch auf dem Lande eine außerordentliche Ausdehnung erreicht. Die Feststellung des Redners, daß die Voraussetzung für das Bestehen freier Genossenschaften Bejahung des Kapitalismus sei, muß um so abwegiger erscheinen, als auch die Schulze-Delitzsch-Organisation nur aus dem Abwehrkampf des kleinen Mittelstandes und des Handwerks gegen einen völlig mächtiger auftrumpfenden Kapitalismus heraus zu verstehen ist.

europäischen Staaten (Verteidigung der Handelsfreiheit) und den südosteuropäischen Staaten (Bewertung der Getreideüberschüsse). Die Pariser Konferenz habe sich dafür ausgesprochen, den südosteuropäischen Agrarländern durch eine Bevorzugung in der Zollfrage (Präferenzsystem) zu helfen. Deutschland habe aber von der allgemeinen Einführung dieses Systems keine Vorteile zu erwarten, da andere Staaten, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, ganz andere Möglichkeiten zur Bevorzugung bestimmter Länder hätten.

Von der europäischen Zusammenarbeit verspricht sich Eulenburg nur dann einen Erfolg, wenn sie von Industrie und Handel im Wege der Selbsthilfe unternommen werde (was die politischen Möglichkeiten denn doch sehr unterschätzen heißt — D. Red.).

## Neuer Baufrach.

### Zahlungseinstellung der F. Klein Bau- und Siedlungs-A.G. Berlin. — Wie groß soll die Pleitenferie noch werden?

Die F. Klein Bau- und Siedlungs-A.G. Berlin, Leipziger Straße, hat ihre Zahlungen eingestellt, nachdem sie 60 000 Mark, die fällig waren, nicht zahlen konnte. Die Höhe der Schulden und realisierbaren Aktiven ist noch nicht bekannt. Wenn die Gläubiger 500- bis 600 000 Mark nachlassen, hofft man auf einen Vergleich. Die Deutsche Bau- und Bodenbank hat Zwischenkredite gewährt, die, wie immer bei Zwischenkrediten, voll gesichert sind.

Die Firma Klein hat in erster Linie Wohnbauaufstellungen gebaut. Der letztjährige Umsatz soll über 10 Millionen Mark betragen haben, wobei natürlich auf die im Baugewerbe üblichen Rechnungs- und Zahlungsmethoden Rücksicht genommen werden muß. Geprüft mühte werden, inwieweit die Leitung, was in der Bauwirtschaft vorkommen soll, nicht fehlerhaft gehandelt hat.

Die Serie der Baupleiten wird allmählich unheimlich. Nach Heineke, Held u. Fronte, Magdeburger Bankredit und Körner jetzt Klein. Eine Reinigung im Baugewerbe war zwar unermüdlich, denn seit 1925 hatte man sich allzu sorglos aufgeschleppt, diese Reinigung kommt aber jetzt doch mit sehr plötzlicher Wucht. Es wäre vielleicht zu überlegen, ob man nicht wenigstens überflüssigen Schädigungen in der Bauwirtschaft, die mit der Krediterschütterung bei solchen Anlässen für den ganzen Industriezweig sich bemerkbar machen, entgegenwirken kann. Eine Sache, die die Banken angeht.

### Pfandbriefe und Schuldverschreibungen Zugang 1930 doppelt so hoch als 1929.

Der Pfandbriefumsatz hat sich von 7468 Millionen Mark Ende November auf 7522 Millionen Ende Dezember erhöht. Der Zugang betrug 119,6 Millionen (114,4 Millionen), der Abgang 65,7 Millionen (44,2 Millionen), so daß ein Reinzugang von 54 Millionen (70 Millionen) Mark zu verzeichnen war. Der Abgang von Pfandbriefen im Ausland ist immer noch ganz minimal und erreicht noch nicht eine Million Mark, während 9,5 Millionen durch Tilgung aus dem Ausland zurückflossen.

Der Umlauf von Kommunalobligationen erhöhte sich um 6 Millionen von 2118 auf 2124 Millionen Mark. Der Gesamtumsatz an Schuldverschreibungen stellte sich Ende Dezember auf 12 124 Millionen.

Der Bestand an Hypotheken, Kommunal- und sonstigen Darlehen erhöhte sich im Neugeschäft auf 11 640 Millionen; unter Hinzurechnung der Aufwertungsbeiträge ergab sich Ende Dezember eine Gesamtsumme von 14 372 Millionen.

Im ganzen Jahre 1930 erreichte der Nettoabgang von Pfandbriefen die Höhe von 1044 Millionen gegen 562 Millionen im Jahre 1929; der Nettoabgang von Kommunalobligationen hat sich mit 335 Millionen (158 Millionen) ebenfalls mehr als verdoppelt.

### Vierte Broffabrik des Konsums Trotz Krise noch Umsatzerhöhung. — Auch Februar relativ gut.

In den ersten acht Monaten des neuen Geschäftsjahres (Juli 1930 bis Februar 1931) hat die Konsumgenossenschaft Berlin trotz aller Wirtschaftshemmungen und Preisentwertungen ihren Umsatz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres noch zu steigern vermocht. Der Umsatz in den acht Monaten des Vorjahres betrug 52 952 500 M., im Geschäftsjahre 1930/31 dagegen 53 026 438 M., so daß eine wertmäßige Umsatzerhöhung von 73 938 M. = 0,14 Proz. festzustellen ist, der mengenmäßig eine noch erheblich größere entspricht. Im Monat Februar machten sich die Auswirkungen der weiter verschlechterten Wirtschaftslage stärker bemerkbar. Der Februarumsatz betrug 5 874 046 M.; gegenüber dem Februar des Vorjahres beträgt die Umsatzminderung 474 352 M. oder 7,4 Proz., die aber durch Preisentwertungen mehr als ausgeglichen ist.

Den Eintritt in die Berliner Verbraucherorganisation vollenzogen im Februar 1726 Haushaltungen; insgesamt beträgt nummehr die Mitgliederzahl 208 981. Vom Beginn des Geschäftsjahres ab (1. Juli 1930) bis Ende Februar 1931 haben 20 888 Familien die Mitgliedschaft in der Konsumgenossenschaft Berlin neu erworben.

In der Konsumgenossenschaftlichen Sparkasse hat sich der Einlagenbestand auf 49 133 154 M. erhöht; der Zugang neuer Spargelder im Februar betrug sich auf 360 088 M.

Die Konsumgenossenschaftliche Warenvermittlung erfährt eine Erweiterung durch Eröffnung der 83. Fleischabgabestelle in Reutßen, Knefbeckstraße 133.

Die zahlreichen Produktivbetriebe der Konsumgenossenschaft Berlin werden in Kürze um einen weiteren Eigenbetrieb vermehrt: Mitte März erfolgt die Inbetriebnahme der vierten Bäckerei in Spandau-Hafelhorst, die in ihrer technischen und hygienischen Einrichtung als die modernste Brot- und Backwaren-fabrik anzusprechen ist.

Preussische Finanzstatistik. Das Preussische Statistische Landesamt hat als kleines Taschenbuch die Ergebnisse der preussischen Finanzstatistik für das Rechnungsjahr 1928/29 veröffentlicht und damit die neuesten Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Büchlein ist ein sehr wertvolles Hilfsmittel für jeden Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten und für die Mitglieder der Haushaltsausschüsse fast unentbehrlich. Auf 68 Seiten wird das gedruckt, was man im allgemeinen nur in dickleibigen statistischen Kompendien findet. Das Büchlein kostet 2 M. und kann vom Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 28, bezogen werden.

# Und nichts dazu gelernt!

## Das Traumbild der freien Wirtschaft des Professors Wahlberg.

Das Reichsturatorium für Wirtschaftlichkeit hielt am Freitag seine öffentliche Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsführer, Herr Schaefer, gab eine Uebersicht über die Tätigkeit des Reichsturatoriums. Das Hauptreferat über das Thema „Kapitalleitung und Arbeitslosigkeit“ hielt der Professor der Betriebswirtschaftslehre Dr. Wahlberg aus Freiburg. Wahlberg brachte die interessante Formulierung, daß der heutige trübselige Zustand der Volkswirtschaft weniger durch Kapitalmangel als durch Kapitalineffizienz gekennzeichnet sei. Aber fast alles, was als Erklärung für diesen Zustand, und alles Wesentliche, was an Besserungsvorschlägen (über das Betriebswirtschaftliche hinaus) vorgebracht wurde, muß zurückgewiesen werden. Wahlbergs Vorschläge waren manchesterlicher als das Manchesterium!

Heute noch Lohnabbau zu fordern, ohne zu zeigen, wie der Ausfall an Umsätzen ausgeglichen wird, ist auch für Betriebswirtschaftsprofessoren zu dürftig. Die Aufforderung an die Unternehmer, ihre Kalkulation auf eine volle Beschäftigung der Anlagen einzustellen, kann da wenig versorgen — und wäre privatwirtschaftlich auch Unsinn in einer Zeit, in der mit Notwendigkeit bei voller Tätigkeit „Lohnhüter“ produziert werden mühten. Goldwerterschwankungen spielen natürlich eine große Rolle; aber ihre Befestigung würde die kapitalistische Wirtschaft keineswegs von ihrer Unordnung befreien. Daß man bei sinkenden Preisen nicht neues Kapital investieren dürfe, ist nur eine Teilmaßnahme — die Geschichte des Kapitalismus ist von jahrzehntelangen Preisrück-

gängen und gleichzeitig steigenden Investitionen begleitet gewesen. Die Frage des Eigentums (am Kapital) interessiert Herrn Prof. Wahlberg nicht; er hätte Marx oder auch Robbertus gar nicht einmal zu lesen brauchen, um zu wissen, von welcher ausschlaggebender wirtschaftlichen Bedeutung diese „juristische“ Frage ist!

Alles in allem: nach Prof. Wahlberg ist „das privatwirtschaftliche System bei wirklich freier Wirtschaft absolut vollkommen“, freilich vorläufig noch mit dem Mangel der „bisherigen mangelhaften Kapitalleitung“ behaftet! Die Meinung, diesen Mangel durch „Reform der betriebswirtschaftlichen Instrumente“ zu beheben, ist so grotesk, daß es schwer ist, keine Satire über die Sendung der modernen Betriebswissenschaft zu schreiben. Die Bolabellen „Macht“, „Interesse“ oder gar „Klasse“ kennt Herr Prof. Wahlberg nicht. Daß es etwas wie gemaltene private Monopole, gebundene Preise in ausschlaggebender Zahl gibt, so daß das Konjunkturrisiko ganz getrennte Indizes aufstellen muß, das wird kaum am Rande bemerkt; es könnte sonst ja auch die Illusionen über die Vollkommenheit der freien Wirtschaft etwas beeinträchtigen.

Dabei hätte Wahlberg es doch leicht gehabt. Er hätte sich von seinem Kollegen Schmalenbach belehren lassen können, daß es heute wirklich so etwas wie „organisierten Kapitalismus“ gibt, der ganz notwendig aus der „freien Konkurrenzwirtschaft“ hervorgegangen und keineswegs eine böswillige marginale Erfindung ist.

ministeriellen Antwort nicht einfach nur das rote Tuch schwenken darf. Diese Anfrage wiederholt den längst schon dementierten Interessentenschwindel vom „angespannten Status der Preag“ und spricht die Befürchtung aus, daß der preussische Staat „für noch nicht abzuschätzende Verluste“ werde einspringen müssen. (Wofür noch nicht der Schatten einer berechneten Vermutung Anlaß gibt.) Zum Schluß wird das rote Tuch aber doch noch ein kleines bißchen geschwenkt mit der Bemerkung, daß „diese Ausdehnung der staatlichen Elektrizitätswirtschaft grundsätzlich bedenklich“ erscheint.

Wir glauben, daß es dem Herrn preussischen Handelsminister, der nicht deutschnational ist, nicht sehr schwer fallen wird, nachzuweisen, daß der Staat öffentliche und gesamtwirtschaftliche Interessen wie im Falle Berlin auch in Deutschland wirklich noch wahrnehmen darf, nachdem wenigstens im Ausland niemand an solchen Rechten des Staates bisher zu zweifeln gewagt hat, besonders keine sich national nennende Partei, Gruppe oder Presse.

## Gegen die Vorzugszölle.

### Professor Eulenburg vor den Berliner Kaufleuten.

Professor Eulenburg von der Handelshochschule sprach vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über das Thema „Europäische Zusammenschlüsse und europäische Zusammenarbeit“. Man dürfe sich nicht vorstellen, daß das Problem europäischer Zusammenarbeit mit der Beseitigung der Zollgrenzen schon gelöst sei. Währungs-, Tarif- und Bankpolitik, Sozial- und Steuerpolitik mühten für ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ebenfalls vereinheitlicht werden. Insbesondere dürfe man nicht vergessen, daß man nur dann mehr verkaufen kann, wenn größere Kaufkraft geschaffen wird.

Neuzeitens seien regionale Zusammenschlüsse zu Stande gekommen, so der Zusammenschluß zwischen den nordwest-

## Preag-Berlin.

### Die Sofina beannt eine Zeitungsoffensive. — „Deutsche“ Fraktion im Landtag sekundiert.

Allmählich wird erkennbar, weshalb die Sofina des Herrn Heinemann und die Gesürel des Herrn Oliven vorläufig darauf verzichtet haben, die preussischen Verhandlungen mit Berlin zu „stören“. Man hatte sich den Weg zum Erfolg zu leicht vorgestellt. Das zum Sturm auf die öffentliche Kraftwirtschaft in Deutschland verbundene ausländische und inländische Privatkapital hat eingesehen, daß es für die Durchführung seiner Pläne erst noch die öffentliche Meinung in Deutschland sturmreif machen muß.

Wie in solchen Fällen üblich, arbeitet man mit der auf alle Fälle dem Privatkapital treu ergebenen „deutschennationalen“ Presse und den für deutschnationalen Blätter in solchen Fällen zur Wahrung des Decorums erforderlichen Entstellungen, jrommen und unfrommen Lügen, auf die deutsche Epicheer und auch Unternehmer gewohnheitsgemäß reagieren. Das heißt man arbeitet mit dem roten Tuch. Daß man dabei die Geschäfte ausländischer Großfinanziers macht, für die kleinere deutsche Finanziers deutschnationale Beiträge zahlen, das hindert solche deutsche und nationale Presse nicht. Bisher haben sich die „Deutsche Tageszeitung“, die „Berliner Börsenzeitung“ als Geburthschleier schon zur Verfügung gestellt. Wir haben nicht die Absicht, jetzt schon auf diese befallene Arbeit zu antworten. Wir denken diesen würdigen Film ablaufen zu lassen, weil sich so mit seiner leichtfertigen Demagogie einfacher abrechnen läßt.

Aber die aus- und inländischen Verbänden zum Wasserlauf der deutschen öffentlichen Kraftwirtschaft haben im Preussischen Landtag auch schon einen Statisten gefunden, nämlich die „Deutsche“ Fraktion. Diese hat eine Große Anfrage eingebracht, die sich sachlich gibt, da man bei der Herausarbeitung einer

